Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streisand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreiundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin:
A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau,
Kassel, Bern und Stuttgart:
Sachse & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

Nr. 159.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1¼ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 12. Juli

Inserate 1¼ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 11. Juli. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kanzlei-Rath und Ober-Tribunals-Registrator, Hauptmann a. D. Merzdorff hierselbst, und dem Bürgermeister Stuschke zu Glatz den Rothen Adler-Orden 4. Kl. zu verleihen.

Der Kreisrichter Zimmermann in Asbach ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Neuwied und zugleich zum Notar im Departement des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neuwied, ernannt worden.

Reform im Eisenbahnverkehr!

Im vorigen Jahre gab F. Perrot in der „Weserztg." und „Ostseeztg." einen ausführlichen, auf eingehende Berechnungen basirten Reformvorschlag für den Betrieb des Eisenbahnwesens, der jetzt als besondere Broschüre unter dem Titel: „die Reform des Eisenbahntarifwesens im Sinne des Penny-Portos, von einem Fachmanne", auch im Buchhandel zu haben ist.

Der Plan des Verfassers erscheint beim ersten Anblick so außerordentlich kühn, daß man geneigt ist, ihn ohne Weiteres unter die utopischen Träume unpraktischer Schwärmer zu werfen. Der Verfasser will nämlich zur Belebung des Verkehrs, namentlich des Personenverkehrs, auf den Eisenbahnen Deutschlands, niedrige und gleichmäßige, höchstens in zwei statt der jetzigen in vielleicht hundert Stufen zerfallende Tarife eingeführt wissen. Wenn man, meint der Verfasser, nach Art des früheren deutschen Briefportos für Personenfahrten

	bis 10 Meilen	über 10 Meilen
I. Klasse	— 1 Thaler	2 Thaler
II. Klasse	— 5 Silbergroschen	15 Silbergroschen
III. Klasse	— 3 Silbergroschen	10 Silbergroschen

in ganz Deutschland festsetzen wollte, so würde der Personenverkehr ebenso rasch steigen wie in England der Briefverkehr nach Einführung des berühmten Penny-Portos. Daß die Einkünfte der Eisenbahnen im Allgemeinen nicht geschmälert würden, beweist er durch detaillirte Zahlenangaben, aus denen hervorgeht, daß kaum eine Steigerung auf das Doppelte der jetzigen Personenfrequenz nöthig wäre, um den Eisenbahnen dieselben Einnahmen zu sichern, die sie in den letzten Jahren gehabt haben. Nun läßt sich aber die Steigerung der Frequenz um weit mehr als um das Zweifache erwarten, und es wäre daher eine vergrößerte Reineinnahme die sichere Folge.

Freilich wird nun jeder Leser Allem zuvor den Einwand machen, daß hier, beim Personenverkehr nicht derselbe Fall vorliegt wie bei der Briefversendung und beim Telegraphenverkehr, auf den sich der Verfasser ebenfalls beruft, um die Gleichmäßigkeit des Tarifs zu rechtfertigen. Man wird sagen, das Gewicht eines Briefes sei so gering, daß es überhaupt gar nicht in Betracht kommen könne; die Ausgaben, die vom Briefporto zu bestreiten seien, hätten daher nur auf Empfang und Ablieferung der Briefe, sowie auf Unterhaltung der Postanstalten im großen Ganzen Rücksicht zu nehmen. Ganz ebenso beim Telegraphen. Beim Verkehr von Personen auf den Eisenbahnen käme aber noch das Gewicht und der Platz, den die Menschen in den Waggons haben, mit in Betracht, und hieraus folge, daß Menschen, die von Königsberg bis in die Nähe von Basel und von Emden bis München zu reisen haben, mehr, oder zwar viel mehr, bezahlen müssen, als Reisende, die nur kurze Strecken zurücklegen.

Grade diesen Punkt nun wiederlegt der Verfasser glänzend, indem er mit detaillirten Zahlenangaben aus dem deutschen Eisenbahnverkehr nachweist, eine wie unbedeutende Stelle diese Ausgabeposten einnehmen. In der That läßt es sich nicht leugnen, daß ein Brief, der sehr weit, z. B. von Memel bis Frankfurt geschickt wird, mehr Ausgaben verursacht, als ein Brief von Posen nach Samter. Wir zahlen aber doch für jeden Brief nur einen Groschen. Ebenso steht es nun mit dem Telegraphen, für den in vielen Staaten gleichmäßige Tarife für sehr ungleichmäßige Strecken eingeführt werden, während es zweifellos feststeht, daß für die größeren Strecken mit Recht ein höherer Tarif bestehen könnte. Man zieht also die Einfachheit der Berechnung vor und das Publikum ist damit sehr zufrieden, besonders weil eine derartige Reform, wo sie bisher aufgetreten ist, zugleich eine Ermäßigung der Zahlungen überhaupt mit sich gebracht hat. Diese ist aber offenbar die Hauptsache, obwol es sich nicht läugnen läßt, daß die Einfachheit des Tarifs für das Publikum ebenfalls ihren großen Werth hat.

Da nun die Personalbeförderung auf den Eisenbahnen — das heißt Heizungsmaterial und Mehrverbrauch von Waggons — pro Person nur wenige Prozente der heutigen Tarifzahlungen in Anspruch nimmt, und man also diesen verschwindend kleinen Bruchtheil von Ausgaben hier ebenso vernachlässigen darf wie beim Befördern von Briefen in Rußland und in England, so räth der Verfasser, nicht bei diesen zwei Stufen stehen zu bleiben, sondern sie künftig lieber durch eine einzige kombinirte Zahlung zu ersetzen, nach welcher für alle Entfernungen die

I. Klasse — 2 Thaler
II. Klasse — 10 Silbergroschen
III. Klasse — 5 Silbergroschen

zu zahlen hätte. Bei diesem Satze, meint der Verfasser, wäre es zur Erreichung der heutigen finanziellen Resultate genügend, wenn die Zahl der Passagiere auf das 2½fache der jetzigen stiege. Laut amtlicher Statistik hat die Zahl der verausgabten Personenbillets im Jahre 1867 auf den Bahnen der alten Provinzen Preußens 38½ Millionen Stück betragen, und es waren dafür aufgekommen rund 19 Millionen Thaler. Dabei hatte die Frequenz betragen:

I. Klasse	½	Million Billets
II. „	6	„ „
III. „	17	„ „
IV. „	14	„ „

Summa 37½ Millionen Billets, wozu noch 1 Million Militärpersonen kamen.

Danach berechnet giebt

½ Mill. Billets	I. Klasse	à 2 Thlr.	= 1 Mill. Thlr.
6 „ „	II. „	à ⅓ „	= 2 „ „
30 „ „	III. „	à ⅙ „	= 5 „ „

zusammen 8 Millionen Thaler oder mehr als ⅖ der obigen 19 Millionen Thaler Einkünfte pro 1867. Da nun in England auf jeden Kopf der Bevölkerung bereits etwa 10 Eisenbahnbillets oder Fahrten pro Jahr kommen, in Deutschland aber nur erst 2 (bei nicht sehr viel dichterer Bevölkerung in England), so ist eine 3—4fache Steigerung des Personenverkehrs in Deutschland bei einem sehr ermäßigten Tarif mit der Zeit sehr wahrscheinlich, und das Resultat davon wäre eine tüchtige Mehreinnahme.

Zur spanischen Thronfrage.

Sicheren Nachrichten zufolge, so schreibt man uns aus Berlin, herrscht im pariser Kriegs- und Marine-Ministerium eine ganz außerordentliche Thätigkeit zur Herstellung der Kriegsbereitschaft. Die Eisenbahnverwaltungen sind in Kenntniß gesetzt, daß schon am 10. Juli mit Truppenbewegungen begonnen werden solle. Die Pferde der Gendarmerie werden in großer Zahl für Kavallerie und Artillerie verwendet, Reserven werden noch nicht eingezogen, dagegen haben alle Transportschiffe Ordre sich ohne Aufsehen an die algerische Küste zu begeben und zur Einschiffung der dortigen Truppen bereit zu sein. — Mit Rücksicht auf die gestern in Berlin eingegangenen ernsten Nachrichten, haben sich gestern Mittag die in Berlin anwesenden Minister, v. Roon, der zu diesem Zwecke von seinem Gute eingetroffen war, v. Itzenplitz, v. Eulenburg und Leonhardt, zu einer Sitzung versammelt, welcher auch der Staatssekretär v. Thiele beigewohnt hat.

Die „Nordd. Allg. Z." schreibt offiziös:

Das auswärtige Amt hat den Vertretern des Bundes in Deutschland die Mittheilung zugehen lassen, daß die verbündeten Regierungen und insbesondere die königlich preußische sich jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren eventuelle Annahme oder Ablehnung durch einen der zu Wählenden bisher enthalten habe und auch ferner enthalten werde, indem sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und demnächst den gewählten Thronkandidaten persönlich angehende jederzeit betrachtet und behandelt habe, wie das die Achtung vor der Unabhängigkeit Spaniens von selbst bedinge. Vorstehendes sei der kaiserlich französischen Regierung bekannt, wenn auch eingehendere und vertrauliche Erörterungen durch den Ton verhindert worden seien, in welchem diese Angelegenheit von Hause aus durch französische Minister öffentlich besprochen worden.

Ein bereits gestern eingegangenes Telegramm zeigt, wie wenig diese Aeußerung der preußischen Regierung in Paris befriedigt hat. Preußen müsse dem Prinzen von Hohenzollern wehren, die spanische Krone anzunehmen, sagt der „Constit." Ob der König von Preußen dazu ein Recht hat, steht sehr dahin, es kommt ganz auf den Familienpakt an, den die beiden seit Jahrhunderten getrennten Linien Hohenzollern schlossen, als sie sich (1850) wieder vereinigten. (Der „nahe Anverwandte" des Königs, welchen die französische Presse in dem Fürsten Leopold entdeckt hat, ist eine der vielen historischen Lächerlichkeiten, welchen die Franzosen so oft verfallen.) Indessen selbst wenn der König durch diesen Familientraktat das Recht des Familienoberhauptes erhalten hätte, könnten die Franzosen wirklich so wahnsinnig sein, deßhalb einen Krieg anzufangen, weil der König von Preußen einen mündigen Prinzen nicht abhält, eine ihm angetragene Krone anzunehmen. In der That, das wäre doch noch ein Objekt des Krieges, ganz würdig einer Regierung die „leidenschaftlich für den Frieden" gestimmt ist!

Zur Orientirung über diese Angelegenheit geben wir noch einige Korrespondenzen der „Köln. Z." und die Aeußerungen anderer angesehener Blätter wieder.

Paris, 9. Juli. Die Bedenklichkeit der Lage hat sich in keiner Weise vermindert und die Kriegsaussichten haben sich eher vermehrt. Man ist von Berlin, Ems und Madrid ohne jede Nachricht, und nach einer, verschiedenen Mitgliedern des Corps Legislativ gegenüber abgegebenen Erklärung des Herzogs Gramont erwartet man heute im Laufe des Abends die erste entscheidende Mittheilung von Benedetti, der heute Morgen mit den nöthigen Weisungen versehen in Ems eingetroffen ist. Nach den Aeußerungen des Herzogs von Gramont und Le Boeuf muß das Schicksal des europäischen Friedens sich spätestens Dienstag entschieden haben. Die Hoffnung der Freunde des Friedens beruht lediglich auf den vermittelnden Schritten, die in Berlin, Ems und Düsseldorf im Sinne eines freiwilligen Rücktrittes des Prinzen von Hohenzollern geschehen. Der Herzog von Gramont hat mehreren Mitgliedern des diplomatischen Corps erklärt, daß ein solcher Rücktritt von Frankreich als eine ausreichende Genugthuung angesehen werden würde. Die Bemühungen Englands und Italiens im Interesse einer Beilegung des so unerwartet hereingebrochenen Konflikts sind energisch. Gestern haben sich die Vertreter Englands, Oesterreichs, Spaniens, Rußland (der Geschäftsträger Okuneff), Italiens und auch der Türkei im Wartesaale beim Herzoge von Gramont getroffen und es entspann sich ein allgemeines Gespräch zwischen ihnen. Herr Okuneff tadelte die Kombination Hohenzollern und die Art und Weise, wie dieselbe von der spanischen Regierung aufs Tapet gebracht worden, aber er hat sich auch nicht genirt, die herausfordernde Haltung Gramonts seiner Kritik zu unterziehen. Fürst Metternich sagte, Frankreich habe die sehnlichst erwartete Gelegenheit beim Schopfe gefaßt und es werde dieselbe auch nicht aus der Hand lassen. Gramont hat Friedenswünsche vernehmen lassen, und auch er scheint auf den freiwilligen Rücktritt des jungen Hohenzollers zu hoffen. „Es scheint mir unmöglich," sagte der Minister, „daß der junge Fürst mit einer von preußischem, spanischem und französischem Blute befleckten Fahne vor seinem Adoptiv-Vaterlande erscheinen wolle." Man ist hier sehr wenig erbaut von der Sprache der offiziösen Blätter Preußens, obgleich diese doch gemäßigt genug gehalten ist. Sehr ungehalten ist man gegen Belgien, nicht bloß, weil der König und die Gräfin von Flandern für die Kombination Prims sich interessirt haben, sondern weil man der belgischen Regierung vorwirft, sie habe in ihrer Erwiederung die amtliche Notifizirung Spaniens in einem ermuthigenden Sinne beantwortet. Das preußische Kabinet hat dem spanischen Minister in Berlin einfach erwiedert, man werde die Notifikation zur Kenntniß des Königs bringen. Das Marine-Ministerium hat seit gestern große Ankäufe gemacht. Es sind nicht blos nach Toulon, sondern auch nach Brest, Cherbourg und L'Orient Befehle zur schleunigen Ausrüstungsarbeit abgegangen. Was über die Vertheilung der Befehlshaberstellen gesagt wird, ist verfrüht. Wahrscheinlich wird der Kaiser zwischen Bazaine, Mac Mahon und Palikao wählen.

Paris, 9. Juli. Der „Moniteur", der Ollivier nicht fern steht, drückt sich heute folgendermaßen aus: „Die Lage, wie sie sich durch die Annahme des Primschen Antrages seitens des Prinzen von Hohenzollern gestellt hat, ist durchaus klar. Die betheiligten Parteien sind Preußen, Spanien und Frankreich, und es ist unmöglich, in ihren resp. Stellungen eine Zweideutigkeit zu finden. Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europas Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Der Marschall Prim hat eine wahre Intrigue angesponnen, die für Frankreich die ernstesten Folgen haben sollte. Was uns betrifft, so haben wir unser Wohlwollen für Preußen bis zum Aeußersten getrieben. Spanien und die spanische Regierung können sich nur belobend über uns aussprechen, und wir sind überzeugt, daß die Regierung des Kaisers auch in Zukunft Beweise ihres Wohlwollens geben wird. Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend, denn dies würde seitens des Grafen Bismarck nur ein geschicktes Verfahren sein, um uns zu entwaffnen, mit dem Vorbehalt, später eine bessere diplomatische Stellung einzunehmen und uns, nachdem er seine militärischen Streitkräfte und die öffentliche Meinung in Deutschland vorbereitet, in neue und ernstere Verlegenheiten zu verwickeln. Man würde immer [illegible] Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Rheines und die Regulirung des Artikel V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden." Daß es bei dieser Gelegenheit auch auf Belgien abgesehen ist, beweist deutlich eine Note über Belgien, welche, von allen ministeriellen Blättern gebracht, besagt, „alle Mächte, Belgien allein ausgenommen, hätten die Erklärung Frankreichs mit Sympathie aufgenommen". Zugleich beschuldigt man den König der Belgier, bei der „Hohenzollerschen Intrigue" mitgewirkt zu haben. (Was belgischerseits schon als eine Verleumdung bezeichnet worden ist.) Es scheint also, daß man nicht allein mit Preußen anbinden, sondern auch die Gelegenheit benutzen will, sich Belgiens zu bemächtigen. Diese weitgehenden Ideen der französischen Regierung treten selbstverständlich in ihren offiziellen Kundgebungen noch nicht an den Tag. Man verlangt bis jetzt nur, daß Preußen dem Prinzen von Hohenzollern verbiete, die spanische Krone anzunehmen. Auf diese Weise sprach sich auch gestern der Herzog von Gramont beim Empfange eines Theiles des diplomatischen Corps dahin aus, daß Frankreich sich in den Grenzen einer vollständigen Mäßigung halten, aber seine legitimen Forderungen nicht aufgeben werde; hoffentlich werde es den vereinigten Bemühungen der Mächte gelingen, sich in einer dem Frieden günstigen Weise geltend zu machen; in allen Fällen aber sei das Tuilerieen-Kabinet entschlossen, nicht von der Richtschnur abzugehen, die es sich von dem ersten Tage an gezogen habe." In Toulon rüstet man die Schiffe Semaphore Intrépide, Charlemagne, Magellan, Panama und Mayence aus. Im Falle der Krieg ausbricht, wird der Admiral Bouet-Willaumez zum Ober-Kommandanten der Flotte und der Admiral la Roncière Le Noury zum Chef des Generalstabes der Flotte ernannt werden.

Paris, 9. Juli. Die Lage gestaltet sich immer bedenklicher, und in den offiziellen Kreisen trifft man alle Maßregeln, die nothwendig sind, um sofort den Krieg beginnen zu können. Wie es heißt, wird man zunächst, und zwar vom Senat, die Erhöhung des Kontingents von 90,000 auf 140,000 Mann verlangen. Außerdem trifft man Anstalten, um einen Theil der Nationalgarde mobil machen zu können, und revidirt die Listen der mobilen Nationalgarde, welche sofort einberufen werden soll. Eine Zirkular-Depesche des Kriegsministers fordert alle Militärbehörden in der Provinz auf, binnen drei Tagen einen genauen Bericht über Vorräthe, welche sie in ihren Magazinen haben, einzusenden. Zugleich wurden alle Anstalten so getroffen (die Eisenbahnverwaltungen haben bereits die nöthigen Weisungen) daß man auf den ersten Befehl 150,000 Mann an den Rhein werfen kann. Bedeutende Kriegsvorräthe werden schon jetzt auf Eilzügen nach der Ostgrenze abgesandt. Die Festungen an der Ostgrenze selbst sind bereits seit längerer Zeit vollständig mit allem Nothwendigen versehen, so daß diese für die Armee im Felde im Nothfalle Munition abgeben können. Der Feldzugsplan soll schon gemacht sein. Unter den Generalen, welche ein Ober-Kommando erhalten, soll auch Trochu sein. Von einer Antwort Preußens hat man noch nichts erfahren, doch scheint man zu erwarten, daß sie keine gute sein werde. Ein Gerücht, der Kaiser habe eine direkte Depesche vom Könige von Preußen erhalten, stützt sich darauf, daß gestern um 4 Uhr der Herzog von Gramont und Marschall Le Boeuf aus der Kammer nach St. Cloud berufen wurden, um von dieser Depesche in Kenntniß gesetzt zu werden. Da der Herzog von Gramont bis 6 Uhr, der Marschall Le Boeuf aber noch länger blieb, um mit dem Kaiser zu arbeiten, so schließt man daraus, daß die Depesche, wenn sie überhaupt angekommen ist, keine günstige war. Reges Leben herrscht unter den hiesigen Diplomaten. Fürst Metternich, Lord Lyons, Nigra haben fortwährend Konferenzen mit dem Minister des Auswärtigen. Lord Lyons und Fürst Metternich sehen auch häufig den Kaiser. Ein Theil dieser Diplomaten, besonders auch der russische Botschafter, machen große Anstrengungen im Interesse des Friedens. Heute war Ministerrath in den Tuilerieen. Die zwei Divisionen der Armee von Paris haben Befehl erhalten, morgen nach dem Lager von Chalons abzugehen. Hr. Benedetti soll heute um 4 Uhr eine Unterredung mit dem Könige von Preußen in Ems haben. Man glaubt, daß das Resultat nächsten Montag den Kammern mitgetheilt werden wird. Nach der „Presse" hätte Graf Solms bereits eine Note seiner Regierung übergeben, in welcher eine jede Verantwortlichkeit für die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern abgelehnt sei. Dieselbe wäre aber nicht genügend befunden worden und soll deshalb eine zweite Note nach Berlin abgegangen sein.

Paris, 10. Juli. Der „Phare de Loire“ theilt mit, daß die Matrosen und Marinesoldaten Befehl empfangen haben, sich nach L'Orient zu begeben. Das französische Mittelmeergeschwader, gegenwärtig in den sizilianischen Gewässern, hat die Weisung erhalten, sich am 10. d. auf der Rhede von Palermo einzufinden, um weitere Befehle entgegenzunehmen. Schneider und Rouher wohnten heute dem Ministerrathe bei. Die „Patrie“ sagt, Gramonts Erklärung habe in Dänemark großes Aufsehen erregt; die Truppen im Lager und die Besatzung von Viborg hätten illuminirt. Der „Courrier de l'Aisne“ sagt, alle beurlaubten Soldaten seien einberufen worden, um unverzüglich zu den Fahnen zurückzukehren. Fast alle Blätter führen eine sehr kriegerische Sprache. Der „Moniteur“ sagt, es sei nicht genug, daß Preußen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern aufgebe, es müsse jetzt auch den Prager Frieden erfüllen, das heißt, dem Süden Deutschlands volle Freiheit lassen, Mainz räumen, seinem militärischen Einflusse jenseits des Mains entsagen und die Angelegenheit mit Dänemark ordnen. Die „Patrie“ sagt in Erwiederung auf den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, Preußen müsse dem Prinzen von Hohenzollern befehlen, seiner Kandidatur zu entsagen, und der Streit werde alsdann friedlich geschlichtet sein.

Brüssel, 9. Juli. Die „Independance“ nimmt die Behauptung der France, daß die wahren Urheber der hohenzollerischen Kandidatur der König der Belgier und die Gräfin von Flandern seien, auf und findet sie zu abgeschmackt, um ihnen ein Dementi entgegenzusetzen. „Aber“, sagt sie, „Belgien liegt auf dem Wege nach Preußen, seine Neutralität ist ein Hinderniß und es mußte ein Vorwand gefunden werden, um es mit in die Sache hineinzuziehen. Die „Independance“ meint, Frankreich hätte wohl Ursache, das verletzende Betragen aufzugeben, worin es sich seit dem Beginne des Konfliktes gefallen habe, sonst müsse man vermuthen, daß es seine in einem gewissen Maße berechtigten Beschwerden ausbeuten wolle, um unter dem ersten besten Vorwande an Preußen eine Rache für Sadowa zu nehmen „und in dem Blute der Schlachten das geschwundene Prestige der persönlichen Macht wieder aufzufrischen“. Europa, welches noch zwischen den Parteien eine wohlwollende Neutralität bewahre, würde sich in solchem Falle sofort gegen Frankreich wenden und dasselbe in seiner Rolle des Störers der öffentlichen Ordnung isoliren.

London, 9. Juli. Die vernünftigen Stimmen, welche sich über die Tagesfrage haben vernehmen lassen, erhalten heute eine schätzenswerthe Verstärkung durch die „Saturday Review“, welche das Auftreten Frankreichs sowohl als ungerechtfertigt wie als höchst unklug anerkennt und zu den folgenden Schlüssen gelangt: „Mit einiger Ursache zur Gereiztheit und mit keiner Ursache zur Furcht werden die Cortes die Herausforderung Gramonts wahrscheinlich aufnehmen. Vielleicht richtete sich aber die Drohung des Ministers mehr gegen Preußen als gegen Spanien, und doch würde es eben so albern und unpolitisch sein, in Deutschland einzufallen, weil ein deutscher Prinz in Madrid regieren könnte. Der phantastische Lärm der französischen Journalisten über die angebliche Wiedergeburt des Reiches Kaiser Karl's V. wird schwerlich in gewöhnlichen Zeiten durch ein besonderes Bündniß der beiden hohenzollerischen Zweige gerechtfertigt werden; aber es könnte sich doch etwas Aehnliches ereignen, wenn ein deutscher Krieg aus einer spanischen Streitursache entstände. Eine der ersten Maßregeln des Krieges würde die Zurückziehung der französischen Besatzung aus Rom sein, worauf dann italienische Truppen, mit voller Zustimmung Spaniens, unverzüglich in die Stadt einmarschiren würden, selbst wenn Spanien vielleicht keinen thätigen Antheil am Kriege nehmen sollte, so würden seine starken Sympathien für Preußen die Aufstellung eines französischen Heeres an den Pyrenäen nöthig machen. . . . Der Einmarsch französischer Truppen würde für Norddeutschland ein großes Uebel sein; aber die preußische Regieruug mancher Schwierigkeiten entheben. Die Gränze würde nicht lange mehr am Main bleiben, und man darf nicht vergessen, daß die Staaten des Südens Preußen kraft Vertrages zur Heeresfolge gegen fremde Eindringlinge verpflichtet sind. Oesterreich ist [illegible] Frankreich zu helfen, selbst wenn es möglich wäre, die deutschen Provinzen mit der Neutralität in einem [illegible] Kriege auszusöhnen. Englische Schriftsteller, welche die hohenzollerische Kandidatur als unklug und ungerecht verschreien, sollten zuerst einmal darthun, in welcher Weise Frankreich durch die Aufstellung oder die Wahl eines deutschen Prinzen praktisch verletzt worden ist. „Daily News“ spricht ihre Freude aus, daß einige französische Blätter, wie „Journal des Débats,“ „Temps“ „Siècle,“ sich eines leidenschaftslosen Urtheils befleißigen und hofft, daß auch Ollivier die zur Beantwortung einer Interpellation über die spanische Angelegenheit verlangte Frist zur Gewinnung einer ruhigen Anschauung benutzen werde. Obwohl die „Times“ heute eine lange pariser Korrespondenz enthält, worin die Haltung der französischen Regierung als durchaus unlogisch und unpolitisch dargestellt wird, so ist das „leitende Blatt“ selbst noch nicht ganz zur Besinnung zurückgekehrt. Es geht aber doch schon besser. Die ruhigere französische Presse wird schon gelobt, weil sie die Redensarten Gramont's von dem Throne Karl's V. für übertrieben hält, und es wird der geringe Einfluß dynastischer Verbindungen ans Licht gestellt. Die Hauptklage der „Times“ ist noch die, daß die Sache mit solcher Heimlichkeit geführt worden — ja, hat doch selbst die Times nichts davon gewußt und noch vor ungefähr einem Monate sich des kühnen Wortes vermessen: „Es ist nicht schwer vorauszusehen, wer König von Spanien werden wird.“ Dabei dachte sie freilich nicht an den Hohenzoller. Zu Ende ihres Leitartikels kommt sie zu der Einsicht, daß es in Frankreich sehr viel Leute giebt, die nur zu froh sein würden, Vorwand zu einem Kriege mit Preußen zu haben, und die sich durch eine Konzession nur enttäuscht fühlen würden. Daraus schließt sie nun nicht etwa, daß man solchen Leuten das Verderbliche und Unsittliche ihres Willens vorwerfen und sie belehren müsse, nein: „die französische Regierung ist zum Widerstande [gegen die Kandidatur] gezwungen, und wie sehr wir auch Frankreichs Recht, mit den Waffen sich einzumischen, im Zweifel ziehen mögen, so fühlen wir doch, daß unter den obwaltenden Umständen es unnütz wäre, Gegenvorstellungen zu erheben.“ Die „Times“ erhebt aber manche Gegenvorstellung, wo es noch weniger nützen kann als hier, und warum findet sie kein Wort des Tadels für Frankreichs gemeinschaftliches Auftreten.

Wien, 8. Juli. Die „Wiener Ztg.“ schreibt: „Wiener Tagesblätter bringen wiederholt Mittheilungen über die angebliche Versetzung von Feldbatterien und Munitions-Kolonnen vom Friedens- auf den Kriegszustand. Diese Angaben entbehren jeder Begründung und Wahrheit. Das „Vaterland“ schreibt: „Nicht Europa, nicht einmal Spanien und Preußen, um die es sich allein handelt werden sich in einen Krieg mit Frankreich einlassen, wenn dieses einmal darauf besteht, dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern den Weg zum spanischen Thron zu vertreten. Spanien nicht, weil es nicht kann, dafür sorgen die inneren Unruhen, der Zwiespalt der Parteien, die finanzielle und militärische Zerrüttung; Preußen nicht, weil es durch kein erfindliches Interesse zu diesem Kriege bewogen wird, dessen möglicher Gewinn in gar keinem Verhältnisse zu dem gewissen Einsatz steht. Die Frage ist für Preußen keine dynastische; denn der Erbprinz gehört einer erst vor 20 Jahren in Preußen rezipirten Seitenlinie des Hauses Hohenzollern an, die mit der königlichen Linie nur in Stammesgemeinschaft, nicht in wirklicher Verwandtschaft steht; die Frage ist auch keine nationale und läßt sich nicht dazu machen, noch eine politische, eine Frage der sogenannten Machtsphäre, der politischen Interessen der natürlichen Allianzen und wie diese Schlagwörter und Scheinbegriffe alle heißen. Preußen hat sich noch in keiner Weise offen engagirt und ausgesprochen; es kann noch immer mit Ehren zurück und die französischen Empfindlichkeiten und Befürchtungen für ganz grundlos erklären. Schwieriger ist das für Prim; aber ihm zu Gefallen wird sich Preußen mit Frankreich gewiß nicht überwerfen, und hat einem Manne von seinem Charakter auch schwerlich den Finger so gereicht, daß er die ganze Hand festhalten kann.“

London, 10. Juli. (Tel.) Der „Observer“ kommt in einer Besprechung über die Hohenzollern'sche Kandidatur zu dem Schlusse, daß die von der preußischen Regierung eingenommene Haltung eine durchaus logische und unangreifbare sei. Die Situation sei zwar bedenklich, jedoch keinenfalls hoffnungslos.

Paris, 11. Juli (Tel.) Die Aufregung auf den Boulevards hat bis zum Morgen angehalten. In den Kreisen unserer großen Finanziers wird nicht an eine Störung des Friedens geglaubt, wenn gleich der heutige „Const.“ meldet, daß der König von Preußen definitiv dem Prinzen Leopold seine Zustimmung zu der Kronannahme ausgesprochen habe, und wenngleich dasselbe Blatt bereits die Streitkräfte des Nordd. Bundes aufzählt, welche Frankreich gegenüber stehen würden.

Deutschland.

⚭ **Berlin**, 11. Juli. [Ernennung. Mahl- und Schlachtsteuer. Zum Versicherungswesen. Der russische Zolltarif. Zur Beurlaubung von Postbeamten. Einziehung eines Zollwachtschiffes.] Der Legationsrath v. Jasmund, welcher früher der verflossenen Bundestagsgesandtschaft angehörte, ist zum Legationsrath bei der Gesandtschaft in Petersburg ernannt worden. Hr. v. Jasmund ist ein Bruder des Hauptmanns v. Jasmund, welcher bis vor Kurzem Adjutant des Kronprinzen gewesen ist, und war früher Herausgeber einer Wochenschrift in der Manteuffel'schen Zeit, Vertreter, in der Interessen der damaligen Kammerfraktion, welche Bethmann-Hollweg (den nachmaligen Unterrichtsminister) und Mathis (den zeitigen Präsidenten des evangelischen Ober-Kirchenraths) zu Führern hatte. — Der Versuch, welchen die Staatsregierung in der vorigen Session zur Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer gemacht hatte, soll, wie man vorerst hört, nicht wieder erneuert werden, da das Herrenhaus sich entschieden dagegen ausgesprochen hatte und in und von diesem nicht leicht eine Sinnesänderung zu erwarten ist, es sei denn, daß ein Druck geübt würde, der aber im vorliegenden Falle ohnehin nicht zu erwarten steht. Die Reform der bestehenden Versicherungs-Gesetzgebung wird dagegen den Reichstag beschäftigen, da die Angelegenheit das Kanzleramt des Norddeutschen Bundes ohnehin schon amtlich beschäftigt hat. Was zumal das in Preußen durch lästige und nutzlose Kontrolen belastete Feuer-Versicherungswesen betrifft, so hat die Preuß. Regierung schon Anfangs 1869 auf Besserung abzielende Gesetzentwürfe eingebracht, dieselben aber nicht zur Erledigung kommen sehen, so daß der Bundesrath die Sache vor sein Forum zog. Eine Direktoren-Vereinigung von 12 Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaften stellte unter Leitung des Geh. Reg.-Raths Jacobi (zur Zeit bei der Regierung in Liegnitz und früher vortragender Rath im Ministerium des Innern) einen Gesetzentwurf auf, ebenso arbeitete Jacobi auch seinerseits einen solchen aus, und beide Entwürfe liegen dem Bundesrathe vor, der nun für die nächste Reichstagssession eine Vorlage machen wird. — Fortdauernd gehen Klagen über den immer wirksamer werdenden neuen russischen Zolltarif ein, da derselbe im Allgemeinen den Ausfuhrhandel nicht recht aufkommen läßt. Abhilfe ist nicht zu erwarten, da in dieser Beziehung die russische Politik zu zähe und hartnäckig ist. — Bei Gelegenheit der Beurlaubung eines Postbeamten hatte das General-Postamt die Bemerkung gemacht, daß derselbe fortgesetzt dahin strebt, sich ohne hinreichenden Grund „thunlichst oft“ vom Dienste fern, dagegen zu seiner Erholung im Kreise seiner Verwandten sich aufzuhalten. „Solchem dem Dienste und den übrigen minder anspruchsvollen Beamten nachtheiligen Streben muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.“ Die betr. Ober-Postdirektion ist angewiesen worden, dem auf Urlaub gegangenen Beamten zu eröffnen, daß sein Verfahren bei dem General-Postamt einen ungünstigen Eindruck hinterlassen habe und davon Notiz zu seinen Personalakten genommen sei. — Vom 16. d. M. ab wird das in der Leybucht (Prov. Hannover) befindliche Zollwachtschiff eingezogen und das in demselben befindliche Nebenzollamt II mit dem Ansageposten für das Nebenzollamt I zu Norden nach Lorenzpolden verlegt.

— Es herrscht noch immer der Brauch, daß die aus dem

△ Briefe aus Süddeutschland.

München besteht eigentlich aus zwei Städten, die jede in ihrer eigenen Weise neben einander leben, ohne sich sonderlich gegenseitig zu beeinflußen. Die eine liegt an der Isar und das nicht nur örtlich, sondern auch ihrem Wesen nach; diese ist die Hauptstadt Baierns, in ihr wird derbes Deutsch gesprochen, Knödeln werden daselbst in enormen Massen verzehrt und vor allem wird Bier, viel Bier getrunken. Diesem köstlichen Naß hat es in seiner Weise Tempel und Altäre errichtet, hat es große Kellereien gebaut und was den Griechen der delphische Hain oder die Akropolis mit ihrem Minervatempel gewesen, das ist für den echten Münchener der „Hackerbräukeller“, der „Hirschbräukeller“, der „Franziskanerkeller“. Nur darf man bei diesen Namen nicht an jene unterirdischen Höhlen, wie beispielshalber der Bremer „Rathskeller“, der Breslauer „Schweidnitzer“ oder „Auerbachs Keller“ denken. Nein, diese münchener Keller liegen oben im Freien, unter Bäumen werden hier die großen „Gambrinalien“ gefeiert und nur von der Kellerei, aus welcher das Bier unmittelbar vom Faße verzapft wird, haben diese Keller ihren Namen. Gemahnen diese Räume in ihren ursprünglichen von keiner Kultur beleckten Einrichtungen an die Wohnsitze unserer Altvordern aus der Stein- oder Bronzezeit, so erinnern uns die neuen und geschmackvollen Kafés, in denen jedoch hauptsächlich Bier getrunken wird, an unser überfeinertes, an Bequemlichkeit jeder Art gewöhntes Jahrhundert. Nirgends in ganz Deutschland, selbst Wien nicht ausgenommen, findet man schönere, geräumigere und luftigere Lokalitäten. Es sind wahrhaft verführerische Gelegenheiten zum Müßiggang und man kann gerade nicht behaupten, daß die guten Isarkinder sich dieselben entgehen lassen. Nichts überrascht auch uns an angespannte Arbeit gewöhnten Berliner mehr, als dieses Treiben in den Münchener Kafés. Am frühen Morgen sitzen die sorglosen Bajuvaren da und spielen Billard oder Karten, als ob wir heut zu Tage noch in Schlaraffien lebten. Was Wunder wenn sie durchgehends so wohl beleibt sind, was Wunder, wenn sie so unerschütterlich ruhig sind! Die Bedienung ist zum allergrößten Theile „zarten Händen“ anvertraut. Das heißt was man so „zarte Hände“ nennt. Doch muß man es den Schänkmädchen nachsagen, daß sie sich äußerlich sehr zu ihrem Vortheil vor unseren berliner Kellnerinnen auszeichnen. Sie benehmen sich durchaus honnet, nicht zudringlich, zwar zutraulich, doch durchaus nicht frech. Von allen kreatürlichen Dingen jedoch sprechen sie mit einer gewissen naiven Unbefangenheit, die uns lebhaft daran erinnert, daß wir uns bereits in einem südlicheren Landstriche befinden und unter der milden, gnadenreichen Herrschaft der mehr sensualistischen katholischen Kirche. Ueber den Beruf dieser Priesterinnen für den Vestadienst will ich mich nicht so ganz bestimmt aussprechen, ist auch nicht meines Amtes.

Die andere Stadt, deren ich am Eingange meines Briefes erwähnte, liegt zwar auch an der Isar, aber sie athmet hellenische Luft. Die herrlichen griechischen Bauten am Ende der Barerstraße, wo die Propyläen, die Pinakothek und die Ausstellungsgebäude stehen, versetzen uns wie mit einem Zauberschlage nach dem sonnigen, lachenden Hellas. Aber es ist Hellas in Böotien, Athen unter den Scythen! All dies hat der Herr König Ludewig hingebaut zu eigener Freude und zu eigenem Ruhme; all diese köstlichen Räume hat er mit jenen stummen und doch so beredten Zeugnissen altgriechischer Kultur zu bevölkern gewußt, in Stein gehauen stehen sie da die Werke der nervigen Meister, und diese selber hat er hingestellt, die Praxiteles, Phidias, Myros, Apelles. Das Alles ist in München zu sehen. Aber hat er auch griechische Menschen zu bilden verstanden, dieser seltene große König Ludewig? Hat er es vermocht, seinen getreuen Unterthanen hellenisches Blut in die bayrischen Adern einzuflößen und hellenischen Schönheitssinn ihnen einzuimpfen? Ja, hat er seinen großen und weiten Straßen nur Leben überhaupt, auch nur bayerisches, einzuhauchen vermocht? Nein und dreimal nein. Freud- und theilnahmslos steht der Münchener vor diesen Schätzen, die es in diesen nordischen Ländern zu frieren scheint und die zu keinem kräftigen Leben gedeihen können. Leer und öde, wie von tödtlichem Pesthauch umweht steht sie da, die stolze Ludewigsstraße mit ihren unermeßlichen öffentlichen Gebäuden, unheimlich anzuschauen wie lebende Gespenster, und kein neues Leben erblüht aus diesen Ruinen. Kann aber auch eine Kunst lebensfähig sein und lebenerzeugend, die sich dazu hergiebt, ihre Schergendienste dem Mordbrenner Magdeburgs zu leihen“? Dem Grafen Tzerklas Tilly haben sie in München ein Denkmal gesetzt, die willigen Vollstrecker der Befehle des Königs Ludwig, und daß die Kunst unter dem Volke keine Wurzeln hat schlagen können, das eben ist geschichtliche Nemesis.

Und was meinen unsere Leser zu dem gewaltigen Obelisken, den Se. teutsche Majestät den 30,000 im russischen Kriege gefallenen Baiern hat errichten lassen und den er mit jener sonderbar entschuldigenden Inschrift hat versehen zu müssen geglaubt: „Auch sie starben den Todt für die Befreiung ihres Vaterlandes“? Dieses „Auch“ bezeichnet deutlicher, als es dicke Folianten thun könnten, auf wie thönernen Füßen solche Kunstbestrebungen stehen! Oder, wie denken Sie über „Ehren-Wrede“, den ebenfalls ein Denkmal aus Erz verherrlichen und späten Geschlechtern ins Gedächtniß zurückrufen soll?

Die Denkmäler, welche königliche Munifizenz unseren Geistesheroen Schiller, Göthe, Frauenhofer, Schelling, Gluck hat setzen lassen, können für jene Beleidigungen des Nationalgefühls nicht entschädigen. Wie sich denn ganz von selbst eine Bemerkung hier in München aufdrängt, daß man sich um große Männer baierischer Herkunft, in einer gewissen peinlichen Verlegenheit befunden haben mußte. Plätze für Denkmäler waren nun einmal vorhanden und nun gings an die Menschensuche — nehmen Sie mir das Wort nicht übel — so fanden sich denn auch die „Kreilmaier“ und „Deroy“, bei denen man vergeblich fragt, was sie denn eigentlich gewesen. Doch steht's in deutschen Inschriften zu lesen, daß sie — um mit Heine zu reden — so lange sie lebten, unsterblich gewesen. In diesem Drange, erläuternde Inschriften unter die betreffenden Denkmäler zu setzen, beging man denn auch manche Sünde und manche Geschmacklosigkeit. So steht unter Glucks Bildsäule geschrieben: „Dem großen Tondichter“, oder unter Schellings: „Dem großen Philosophen.“ Ja, ja, so geht's, wenn Narren die Welt regieren. Derlei künstlerische, ästhetische und sprachliche Ungeheuerlichkeiten trifft man in München an allen Enden und Ecken. So hat unter den Arkaden der königlichen Residenz Se. Dichtermajestät von Baiern Disticha hingesetzt, ebenfalls zur Erläuterung der herrlichen, leider dem jähen Untergange geweihten Rottmannschen Landschaften, für deren richtige Lesung die k. baiersche Akademie der Wissenschaften ruhig einen hohen Preis aussetzen könnte. An die Lösung dieser gefährlichen Aufgabe würde sicherlich Keiner sich wagen, dem seine Zunge und sonstigen Sprachwerkzeuge nur einigermaßen lieb sind. Da stehen wirklich entsetzenerregende Dinge, gegen welche die Sprachmonstrositäten in den neuesten Schöpfungen Rich. Wagners wahrhaft Göthesche Verse sind.

Und solchem Unverstande begegnen wir auch fast an allen Münchener Bauten. Da stehen riesenhafte öffentliche Gebäude, in denen das kleine Staatswesen förmlich schlottert, wie der kleine Knabe in einem Gewande, das einem herkulischen Körper wohl anstehen würde. Selbst der schönste Bau in Isar-Athen, nämlich das baierische Nationalmuseum, dessen Räume Schätze bergen, wie kein ähnliches Institut in der ganzen gebildeten Welt deren aufzuweisen hat, ist leider durch dieses unverständige Bajuvarenthum verunstaltet worden! Unermeßliche Räume sind mit Fresken aus der baierischen Geschichte geschmückt und da man sich hierbei ebenfalls um bedeutsame Momente in Verlegenheit befand, so griff man in Angst und Verzweiflung zu Karl XII., zu Maria von Neapel vor Gaeta! Besagte Fürsten waren bekanntlich den Wittelsbachern anverwandt. Oder man wählte Szenen aus der Rheinbundszeit, in welcher der damalige Kronprinz Ludwig unter französischem Kommando gefochten und durch seine Kriegführung einem napoleonischen Kriegsobersten die Worte abnöthigte „je vous ferai fusiller malgré vous êtez prince!“ Oder, da nichts mehr unversucht geblieben war, man griff ein in's Familienleben der baierischen Könige und Prinzen und stellte dar, wie „Vater Max im Kreise der Seinen das Bad Kreuth gründete!“ Was übrigens schon vom geographischen Standpunkte aus betrachtet, seine Schwierigkeiten haben dürfte! Kurz und gut, wenn man diese münchener Bauten und Denkmäler sieht, dann fällt es Einem wirklich schwer eine Satire nicht zu schreiben. Von diesen Mißgriffen sind auch die Kirchenbauten Münchens nicht frei oder ist es etwa kein Mißgriff, wenn selbst ein Mann wie Cornelius seinen Pinsel dazu hat mißbrauchen lassen, um in seinem berühmten Freskogemälde „das jüngste Gericht“ Martin Luther unter die in die Hölle Verbannten und König Ludwig unter die seligen Engel zu versetzen? Wo bleibt Lola Montez?

Justizministerium stammenden Gesetzentwürfe zur Begutachtung den Landesgerichten zugehen, die dann ihre Gutachten und Bemerkungen dem Justizminister übersenden. Der Entwurf des **Zivilprozeßrechts**, so weit er beendet, ist, wie man hört, auch dem Obertribunal zugegangen, das sich mit manchen Neuerungen nicht einverstanden erklärt haben soll. Bei der Abwägung der Gutachten kommen natürlich nur die allgemeinen Interessen in Betracht. Auch die für den Bund zu erlassenden Gesetze gehen zum Vorbericht an die preußischen Gerichte.

— Von Seiten des Bundeskanzlers ist eine vorläufige Benachrichtigung an die Bundesregierungen ergangen, welche dieselben unter Hinweis auf den Ablauf der Legislaturperiode des **Reichstags** am 10. Sept. d. J. an die Vorbereitungen zu den **Wahlen**, namentlich an die nöthige Ausschreibung derselben erinnert.

— Der Handelsminister Graf Itzenplitz wird am 13. in Tilsit eintreffen und seine Reise nach Memel fortsetzen. Die Reise des Herrn Ministers hat den Hauptzweck, eine genaue Auskunft über den Memelbrückenbau und die Angelegenheit der **Tilsit-Memeler Eisenbahn** zu erhalten.

— Der Präsident des **Oberkirchenraths**, Hr. Mathis, schreibt die „Post“, wird sich nächstens gänzlich in den Ruhestand zurückziehen — Der Oberkirchenrath selbst noch nicht.

— Ueber den Stand der Mannschaften der **norddeutschen Kriegsmarine** bringt die „N. A. Z.“ folgende Daten:

Während bei den Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause in den Jahren 1862 und 1863 noch vielfach darüber geklagt werden konnte, daß Preußen nicht die genügende Anzahl von Matrosen liefern könne, um die damals projektirte Flotte zu bemannen, ist jetzt Deutschland im Stande, nicht blos eine Flotte von der Größe mit Kerntruppen und Matrosen auszurüsten, wie sie nach den Vorlagen der Regierung an den Reichstag in Aussicht genommen ist, sondern es wird später mit Leichtigkeit möglich sein, ein noch viel größeres Geschwader zu bemannen. Zu der seemännischen Bevölkerung der altpreußischen Gebietstheile ist der bedeutende Zuwachs aus den neuen Provinzen und dann auch derjenige aus den Hansestädten und des ganzen übrigen norddeutschen Küstenlandes hinzugekommen. Sodann hat die Erfahrung, daß in den Seegefechten die Kriegsschiffe sich nicht mehr unter Segel schlagen, alle diejenigen Mannschaften überflüssig gemacht, welche in den früheren Seeschlachten ausschließlich die Takelage zu bedienen hatten. Auch für die übrig bleibenden Geschützmannschaften ist durch die Einführung großer Kaliber mit mechanischen Vorrichtungen zur Bedienung und durch die Verminderung der Zahl der Schiffsgeschütze eine bedeutende Verringerung der Zahl der Leute eingetreten, und endlich bewirkt das Aufkommen der Panzerschiffe, daß viel weniger Verluste beim Gefecht eintreten, mithin weniger Leute gebraucht werden. In die großen Schlachtflotten sind auf diese Weise an die Stelle der früheren Linienschiffe mit 800, 900 und 1000 Mann Besatzung Panzerfregatten mit 400 bis 500 Mann einrangirt worden und selbst die größten Panzerschiffe, welche die früheren Dreidecker von 1200 bis 1300 Mann bedeutend übertreffen, haben nur eine Besatzung von ca. 700 Mann nöthig. Nach amtlichen Aufnahmen verfügt der Norddeutsche Bund gegenwärtig (einschließlich der nicht dienstpflichtigen Jahrgänge) über folgende Seeleute: 12,005 Mann in Altpreußen (bei 263,016 Köpfen Küstenbevölkerung); 17,420 Mann in den neuen Provinzen (bei einer Küstenbevölkerung von 407,701 Seelen), Preußen zusammen also 29,425 Seeleute bei 670,717 Köpfen Küstenbewohnern; ferner 3462 Mann in Mecklenburg (53,575 Seelen Küstenbevölkerung), 2440 Mann in Oldenburg (58,124 Küstenbevölkerung), 600 Mann in Lübeck, 7243 Mann in Hamburg, 5150 Mann in Bremen (die Hansestädte haben zusammen eine Küstenbevölkerung von 384,705 Köpfen), in Summa zählt mithin der Norddeutsche Bund eine Anzahl von 48,320 Seeleuten bei einer Küstenbevölkerung von 1,170,121 Seelen.

— Die **berliner Katholiken**, darunter der geistliche Rath Müller, sollen im Allgemeinen der Feier des 3. August abhold sein, schreibt die „Elb. Ztg.“ und giebt als Grund dafür Folgendes an:

„Weil Friedrich Wilhelm III. von der Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin nichts wissen wollte.“ Bekanntlich befahl Friedrich Wilhelm III., als die Note des Kardinals Lambruschini vom 15. März 1836 die Absicht ankündigte, einen Nuntius nach Berlin zu senden, diese Idee zurückzuweisen, „als eine in jeder Hinsicht bedenkliche Neuerung, unter welcher Form sie auch stattfinden möchte“; sie zurückzuweisen „nicht nur für den vorliegenden Fall, sondern überhaupt ein für alle Mal, unzweideutig und definitiv mit derjenigen Entschiedenheit, welche jeder etwaigen künftigen Erneuerung dieses Versuchs vorzubeugen geeignet sei.“ Und als im Jahre 1837 die Kurie in Petersburg einen Nuntius einzuführen suchte, wurde der dortige preußische Gesandte angewiesen, von dieser Antwort Mittheilung zu machen und für ein gleiches Verfahren in Petersburg zu wirken. Uebrigens tröstet man sich in katholischen Kreisen noch damit, daß die Jesuiten, nachdem sie das Unfehlbarkeitsdogma durchgebracht haben werden, auch für Errichtung einer Nuntiatur sorgen würden. Die Jesuiten schwärmten von jeher dafür. So heißt es, wie Huber in seiner bekannten gegen den Jesuitenorden gerichteten Broschüre erwähnt, in einem gegen Ende des 17. Jahrhunderts von einem ungenannten Jesuiten an den Papst gesandten Schreiben: „Am kräftigsten aber könnte dieses hochwichtige und heilsame Geschäft (nämlich der Bekehrung) durch die Residenz eines apostolischen Nuntius in einer der nächsten Provinzen, z. B. in Bayern, Schwaben, Elsaß oder Franken unterstützt werden u. s. w. Wenn man sich nun die gehörige Mühe gegeben, den apostolischen Nuntien in jenen Gegenden Eingang zu verschaffen, so müssen diese an den Orten, wo das Wenigste zu besorgen ist, das Werk beginnen 2c. Auch wird es nicht an schicklichen Gelegenheiten fehlen, sie (die Fürsten) zur Annahme der katholischen Religion zu überreden, theils wegen der Vortheile, wozu ihnen die Reichswürden (die deutsche Kaiserkrone) Hoffnung machen ...“

— Unter der Ueberschrift: „**die preußischen Garden und die preußischen Garde-Offiziere**“ bringt die „Fr. Z.“ eine Reihe von Artikeln, in denen mancherlei pikante und ergötzliche Details enthalten sind, u. a. findet sich darin folgende lustige Historie vom **ausgestopften Hauptmann**, die wir anfangs für einen Spaß hielten und nicht aufnahmen. Indessen nachdem die Geschichte durch so viele Blätter ging, ohne von der offiziösen Presse Widerspruch zu erfahren, müssen wir diese heitere Erzählung, da sie einen sehr ernsten Kern hat, doch aufnehmen. Der unbekannte Verfasser erzählt also:

„Wenn wir oben bemerkten, das Offiziercorps des 1. Garde-Regiments zu Fuß bestehe ausschließlich aus Adligen, so ist dies nicht ganz richtig. Beim Stabe dieses Regiments befindet sich nach dem Verpflegungsetat ein Hauptmann 1. Klasse, von dem man nicht weiß, ist er adlig oder bürgerlich. In den Ranglisten hat sich nämlich dieser 13. Hauptmann niemals auffinden lassen. Wiewohl derselbe demnach auch wohl niemals existirt hat und folgerecht weder essen und trinken noch Uniform hat tragen können, werden doch jahraus, jahrein 1300 Thlr. Gehalt, 240 Thlr. Tischgeld und 60 Thlr. Kleiderzuschußgeld für dieses Schattenwesen erhoben. Wohin fließt das Geld? Eingeweihte versichern, es werde darüber von einem hohen Herrn zu Gunsten der Mannschaft des Regiments Bestimmung getroffen. Jedenfalls dürfte es sich für den Reichstag geziemen, diesen Herrn Hauptmann zu ersuchen, sich für seinen hohen Gehalt ihm ein einziges Mal in Fleisch und Bein zu präsentiren; unmöglich kann es ja auch für das kriegerische Ansehen des Norddeutschen Bundes förderlich sein, wenn sich die Nachricht verbreitet, daß das etatsmäßige Offiziercorps der Garde zum Theil aus blos ausgestopften Figuren besteht.“

Derselbe Korrespondent der den ausgestopften Garde-Hauptmann, dessen Dasein übrigens schon 1856 in der Budget-Kommission der 2. Kammer erörtert wurde, aufs Tapet gebracht hat, bringt jetzt noch einige weitere Kuriosa aus der Norddeutschen Bundesarmee bei.

Was will, fragt er, dieser ausgestopfte Hauptmann aber besagen gegen die **Tausende von ausgestopften Pferden**, welche sich in dem norddeutschen Heere notorischer Weise befinden? Nach dem Etat sollen im Bundesheere ca. 12,000 Chargenpferde, d. h. Pferde von Offizieren und Beamten, sein. Für diese sämmtlichen Pferde werden dann auch Rationen verabfolgt, und wird Stallservis gezahlt. Der Stallservis beträgt je nach den Garnisonorten, und je nachdem der Offizier eins oder mehrere Pferde haben soll, zwischen 4 und 36 Thlr. jährlich, sagen wir also durchschnittlich 20 Thlr. Der Geldwerth der Ration beträgt gegenwärtig, je nachdem die Ration eine leichte, mittlere oder schwere ist, jährlich 114 Thlr. oder 120 Thlr., oder 126 Thlr., sagen wir also durchschnittlich 120 Thlr. Es kommen also auf das Pferd im Ganzen etwa 140 Thlr. jährlich. **Mindestens für 6000 Pferde werden diese 140 Thlr. jährlich von den Herren Offizieren und Militärbeamten empfangen, ohne daß dafür wirklich Pferde gehalten werden.** Noch unter König Friedrich Wilhelm III. galt es für abgemacht, im Offiziercorps nur für solche Pferde Rationen und Stallservis zu erheben, welche wirklich in Fleisch und Bein vorhanden waren. Damals entsprach die große Zahl der etatmäßigen Chargenpferde auch noch eher einem dienstlichen Bedürfnisse. Es gab noch keine Eisenbahnen und keine Dampfschiffe, und alle Dienstreisen wurden zu Pferde oder zu Wagen zurückgelegt. Heute ist das anders. Das militärische Interesse verlangt gar nicht mehr, daß in Friedenszeiten 12,000 Offizier- und Beamtenpferde gehalten werden. Anstatt aber nun den Pferdeetat selbst zu vermindern und so für den Steuersäckel des Landes zu sparen, hat man diesen Etat nahezu unverändert gelassen und gestattet den Offizieren und Beamten, die Ersparnisse aus den veränderten Verkehrsverhältnissen für sich zu verwenden. Um ein Bild zu geben, wie reichlich die Ausstattung mit Pferdegeldern ist, erwähnen wir, daß die Majore der Kavallerie, die Regimentskommandeure der Infanterie, sämmtliche Adjutanten der Prinzen schon für drei Pferde Futter, die übrigen Regimentskommandeure für vier Pferde, die Brigadekommandeure für fünf Pferde, die Divisionskommandeure für sechs, die kommandirenden Generale sogar für acht Pferde Futter, und zwar sämmtlich schwere Rationen erhalten. Genau im umgekehrten Verhältniß zur Zahl der Rationen steht der Umfang des militärischen Dienstes, welchen die Herren im Frieden zu Pferde zu verrichten haben. Durchweg nur zur Zeit der jährlichen Uebungen befinden sich die Herren Generale vor der Front ihrer gesammten Truppen, und diese Uebungen dauern für Brigadiers in der Regel nur 16 Tage, für Divisionärs nur 11 Tage, während die „Kommandirenden“ nur alle vier bis fünf Jahre Gelegenheit haben, ihr ganzes Corps im eigentlichen Sinne des Wortes zu kommandiren. Nun hat man wohl gesagt, die Ueberzahl der Rationen müsse die höheren Offiziere dafür entschädigen, daß sie für die Anschaffung und den Ersatz der wirklich gehaltenen Pferde keine Vergütung bekommen. Wäre aber eine solche Vergütung neben den überaus hohen Gehältern dieser Herren wirklich erforderlich, so würde dieselbe doch nirgend dem Betrage auch nur einer einzigen Ration gleichzukommen brauchen, am wenigsten eine Steigerung der Rationszahl mit der Charge rechtfertigen. Jedenfalls trifft dies nicht zu für die große Anzahl von Offizieren und Beamten, welche Rationen empfangen, ohne überhaupt Pferde zu halten, also auch kein Pferd verlieren können. Dahin gehören durchweg die Herren Zahlmeister, Intendanten, Aerzte der Kavallerie (Aerzte der Infanterie denkt man sich als hinter dem Truppentheil her zu Fuß marschirend), dann die in den Büreaus oder in Waffenfabriken beschäftigten Offiziere, die überzähligen Offiziere u. s. w.

— In Berlin hat sich am 23. Juni c. ein aus angesehenen Bürgern gebildetes Komite konstituirt unter dem Titel „**ständisches Hilfskomite für außerordentliche Nothfälle**“. Der Zweck desselben besteht wesentlich darin, den Zeitverlust zu sparen, der mit gelegentlichen und stets aus jedem besondern Anlaß (Feuersbrünste, Ueberschwemmungen, Mißernten, Epidemien) erneuerten Vereinsbildungen verbunden ist, den ersten Eindruck zu benutzen und eine feste Praxis in der Vertheilung der Gaben zu begründen. Zugleich soll durch allgemein anerkannte Namen die zuweilen geäußerte Besorgniß zerstreut werden, als ob die öffentliche Wohlthätigkeit bei außerordentlichen Nothständen für politische oder kirchliche Nebenzwecke in Anspruch genommen werden könnte. Außerhalb des Komites liegt es, sich solchen Aufgaben zu widmen, welche (wie die Armen- und Krankenpflege) bereits eine regelmäßige oder doch ständige Behandlung gefunden haben. Der Vorstand des Komites, bestehend aus den Hrn. Prof. Dr. F. v. Holzendorff, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Engel, H. Friedländer, Jachmann, Ferd. Reichenheim, verspricht sich von einem planmäßigen Zusammenwirken der in allen größeren Städten zu bildenden lokalen Hilfskomites mit dem berliner Komite dauernde und große Erfolge. Der verheerende Brand in Konstantinopel hat dem Vorstande bereits Anlaß gegeben, die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch zu nehmen; er hat einen Aufruf erlassen, in welchem er zu Beiträgen auffordert, deren Verwendung durch Vermittelung der k. Gesandtschaft in Konstantinopel nach dem Gesichtspunkte der zwischen Nationen und Bekenntnissen nicht unterscheidenden Humanität erfolgen wird. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, sagte insbesondere diesen Sammlungen seine thätige Mitwirkung zu. (Beiträge zu einem solchen Verein, dessen gemeinnützigen Bestrebungen wir nur den besten Fortgang wünschen, sind zu senden an die Herren Ferdinand Reichenheim, Burgstraße 16, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Engel im k. statistischen Büreau, Lindenstraße 32, Hrn. Landrath a. D. Jachmann in der Kasse der Preuß. Boden-Kredit-Aktienbank hinter der kathol. Kirche Nr. 1.)

Stettin, 11 Juli. Wie die „Ostseeztg.“ hört, hat der Ministerpräsident **Graf Bismarck** einen zweiten Telegraphisten nach Varzin (für Nachtarbeiten) beordert.

Ems, 11. Juli. (Tel.) Der französische Botschafter Benedetti wurde heute Vormittag in längerer Audienz von dem Könige empfangen. Mittags empfing der König den Polizeipräsidenten v. Wurmb; derselbe wurde ebenso wie der Baron v. Werther zur Tafel geladen. Gestern waren der französische Botschafter und Baron v. Werther bei dem Prinzen Albrecht zur Tafel.

Oesterreich.

Prag, 5. Juli. Unter der hiesigen deutschen Bevölkerung hat der Beschluß des (czechischen) Magistrats, die **deutsche** Schule aufzuheben, eine gewaltige Erregung hervorgerufen.

Frankreich.

Paris. In der Sitzung des **gesetzgebenden Körpers** vom 6. Juli brach nach der bereits telegraphisch gemeldeten Erklärung des Herzogs von Gramont die Rechte und das rechte Zentrum in ungeheuren Jubel aus, das linke Zentrum zeigte sich auch begeistert und nur die Linke verhielt sich kalt, und Garnier-Pagès meinte: „Es sind dynastische Fragen, die den europäischen Frieden stören! (Lärmende Unterbrechung auf der Rechten.) Die Völker haben nur Gründe, sich zu lieben und sich gegenseitig zu unterstützen.“ Als Gramont von der Tribüne herabgestiegen, wurde ihm erneuter Beifall zu Theil. Garnier-Pagès und Raspail protestiren gegen diese Kundgebungen, worauf der Präsident den Zwischenfall für erledigt erklärt und die Sitzung suspendirt. Während dieser Pause herrschte die höchste Aufregung in der Versammlung. Emanuel Arago gerieth mit Gramont in einen heftigen Wortwechsel. Auch nach Wiederaufnahme der Sitzung dauerte die Aufregung fort. Cremieux ruft: „Eine Sitzung ist nicht möglich; wenn sie wieder beginnen soll, so werden wir gegen die Erklärung des Ministers des Aeußern protestiren!“ Der Lärm nimmt zu und die Sitzung kann erst um ½4 Uhr wieder beginnen. Es wird die Budget-Diskussion fortgesetzt. Glais-Bizoin: Nach der Erklärung des Ministers des Aeußern bleibt der Kammer nichts übrig, als das Budget an die Kommission zurückzusenden, da Alles abgeändert werden muß. Picard: Ehe die Diskussion des Budgets beginnt, muß meiner Ansicht nach die Kammer den Minister auffordern, ihr alle diplomatischen Dokumente vorzulegen, welche auf die Ereignisse Licht werfen, auf die der Minister des Aeußern in der so ernsten Erklärung angespielt hat. Ich glaube, einem allgemeinen Gefühle in dieser Kammer zu entsprechen, wenn ich sage, daß unsere erste Pflicht ist, darüber zu wachen, daß die Geschicke des Landes nie ohne die Mitwirkung und Zustimmung seiner Repräsentanten verpflichtet werden. Der Minister des Innern: In Abwesenheit meines Kollegen, des Ministers des Aeußern, erinnere ich an die Worte, mit welchen er seine Deklaration begann und die deutlich genug sagen, daß eine Diskussion jetzt nicht zulässig ist. Glais-Bizoin: Es ist eine Kriegserklärung abgegeben worden. Crémieux: Ich frage, wie die Kammer das Budget im Augenblicke berathen kann, wo wir erfahren, daß die Lage unseres Landes eine absolut neue geworden ist. Heute darf man nicht das Budget prüfen, heute muß die wirkliche Lage Frankreichs einer Untersuchung unterworfen werden. Was wollen jene Worte sagen, welche wir vor drei Tagen gehört haben, die Worte: „Das Kaiserreich ist der Friede!“? Sollen sie wiederum sagen, daß wir von einem Kriege bedroht sind? Müssen wir noch einen weiteren Krieg führen? Wenn dem so ist, was soll dann eine Diskussion über das Budget nützen? (Verschiedene Unterbrechungen.) Es ist nothwendig, zu warten. (Neue Unterbrechungen.) Die Worte, welche Sie gehört haben, sind der Art, daß eine Protestation unumgänglich nothwendig ist. (Unterbrechung auf der Rechten.) Granier de Cassagnac: Wir übernehmen die Verantwortlichkeit. Crémieux: Ich habe den Beifall gehört, welchen Sie den Ministern geben, und deshalb protestire ich. Chagot: Eine solche Sprache muß Erstaunen erregen. Crémieux: Wenn ich protestire, so geschieht es wegen des Beifalles, den die Majorität gezollt hat. (Rufe von verschiedenen Seiten: Die ganze Kammer!) Crémieux: Die Worte, welche der Minister des Aeußern hat hören lassen, sind in meinen Augen der erklärte Krieg. (Nein! Nein!) Emile Ollivier: Nein! Ich verlange das Wort. Crémieux: Ich weiß wohl, daß Sie sich in der Ungewißheit befinden, daß Sie weder den Krieg noch den Frieden wollen. (Lärm.) Granier de Cassagnac: Wir wollen die Sicherheit und die Würde Frankreichs. Mehrere Stimmen: Die Ehre Frankreichs. Laroche-Joubert: Die offene Erklärung des Herrn Ministers des Aeußern ist das beste Mittel, den Frieden zu bewahren. Crémieux: Wir wollen den Frieden, wenn die Ehre Frankreichs nicht auf dem Spiele steht. Granier de Cassagnac: Wir wollen die Würde Frankreichs. Crémieux: Wir haben nicht den Beifall unterbrochen, welchen ein großer Theil der Kammer den Worten des Ministers gezollt hat; deshalb höre man auch den ruhig an, der durch seine Protestation eine dringliche Pflicht erfüllt. Ich sage Folgendes: Hr. v. Bismarck, dem, um euer Kontingent zu unterstützen, man so hohes Lob spendete, den man als Genie darstellt, welches heute das Jahrhundert beherrscht, hat den Gedanken gehabt, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu setzen. Würde ihn die spanische Nation angenommen haben? Nein gewiß nicht! Indem Sie gesprochen, wie Sie es gethan, haben Sie den castilianischen Stolz gekränkt, und Sie werden gerade die Annahme herbeiführen von der Sie nichts wissen wollen. Präsident: Sie sprechen über die Interpellation selbst. Ich kann dieses nicht dulden. Sie müssen Sich an den Gegenstand halten, von dem Sie sprechen wollten. Sie wollten darthun, daß eine Diskussion über das Budget nicht Statt finden könnt; über die Interpellation darf ich Sie nicht sprechen lassen. Glais-Bizoin: Wir verlangen die Verweisung des Budgets an die Kommission. Cremieux: Ich diskutire nicht die Interpellation. Ich will beweisen, daß das Budget nicht diskutirt werden kann. Hier der materielle Beweis. Das Budget stützt sich auf die Annahme der der von Herrn Soubeyran gemachten Vorlage, welche ich von Anfang an billigte. Diese Vorlage kann nur angenommen werden, wenn die Rente 73 Fr. steht. In diesem Augenblick steht sie aber 70.60 und kann noch mehr heruntergehen. Ein Mitglied auf der Linken: Dieses ist schon geschehen. Cremieux: Sie ist unter 73. Was wird alsdann aus Ihrem Budget werden? Es ist also nicht möglich, in der neuen Lage, die sie uns bereitet, über das Budget zu berathen. Gais-Bizoin: Das Budget der Marine und des Krieges müssen neu angelegt werden. Emile Ollivier: Ich verlange von der Kammer, die Budget-Diskussion fortzusetzen. Morgen werden Herr Cremieux und die Mitglieder der Kammer die Deklaration nachlesen, die soeben (von Gramont) vorgetragen worden ist und über welche der Ministerrath deliberirt hat, und sie werden die Tragweite derselben besser beurtheilen können. . . . . Arago: Man hat sie sehr gut verstanden. Präsident: Unterbrechen Sie nicht. Ollivier: Wenn Sie über die Deklaration nachgedacht, so werden Sie Sich überzeugen, daß Sie gegen Niemanden eine Herausforderung enthielt, daß sie den legitimen Rechten des spanischen Volkes, das wir als ein befreundetes Volk betrachten, keinen Abbruch thut, und daß sie besonders keine Ungewißheit über den Gedanken der Regierung läßt, in so fern es sich darum handelt, ob sie den Frieden will oder den Krieg herbeiruft. Die Regierung wünscht den Frieden (sehr gut! sehr gut!), sie wünscht ihn mit Leidenschaft! (Widerspruch auf der Linken.) Jules Favre: Gerade wie früher. Man wollte auch nicht den Krieg! Man kennt eure Politik; sie hat ihre Präcedenzfälle. (Lärm.) Emile Ollivier: Sie wünscht den Frieden mit Leidenschaft, aber mit Ehre! (Vielfacher Beifall.) General Le Breton: Wir auch! Wir Alle! Ollivier: Es ist noch nichts definitiv, und ich kann die Behauptung nicht zulassen, daß die Regierung, indem sie offen und deutlich ihre Meinung über eine Lage ausdrückt, welche die Sicherheit und Macht Frankreichs berührt, den Weltfrieden in Gefahr brächte. Meine Meinung ist, daß sie das einzige Mittel, welches übrig bleibt, anwendet, um ihn zu befestigen; denn so oft Frankreich sich bei Vertheidigung eines legitimen Rechts fest zeigt, ohne das Maß zu überschreiten, kann es auf die moralische Unterstützung und Billigung Europa's rechnen. (Sehr gut! Beifall.) Ich bitte also die Mitglieder dieser Versammlung, ich bitte die Nation, überzeugt zu sein, daß sie sich nicht vor verkappten Vorbereitungen zu einer Aktion befinde, auf welche wir auf Schleichwegen zuschreiten; wir sagen unsere Gedanken ohne Rückhalt: wir wollen keinen Krieg, wir suchen den Krieg nicht, wir haben nur unsere Würde vor Augen. Sollten wir eines Tags den Krieg für unvermeidlich halten, so würden wir uns nur auf denselben einlassen, nachdem wir Ihren Beistand gefordert und erhalten hätten. (Sehr gut, sehr gut!) Eine Diskussion wird dann stattfinden, und da wir uns unter einem parlamentarischen Regime befinden, so wird es, wenn sie unsere Meinung nicht annehmen, nicht schwer fallen, die Ihrige kund zu geben. Sie brauchen uns nur durch eine Abstimmung zu stürzen und durch eine andere Abstimmung die Leitung der Geschäfte denjenigen zu überweisen, die Ihnen geeignet erscheinen, um sie nach ihren Ideen zu führen. (Lärm auf der Linken.) Seien Sie von der vollständigen Aufrichtigkeit unserer Sprache überzeugt. Ich versichere auf Ehre, daß keiner von uns einen Hintergedanken hat, wenn wir sagen, daß wir den Frieden wünschen. Ich füge hinzu, daß wir auf ihn hoffen, jedoch unter einer Bedingung, daß zwischen uns alle Parteizwistigkeiten aufhören und daß Frankreich und diese Versammlung sich einstimmig in ihrem Willen zeigen. — Sehr gut, sehr gut! — Lebhafte Beistimmung.) Glais-Bizoin: Nach dem Ausspruche des Ministeriums hat man sich also bis jetzt auf nichts eingelassen. Barthelemy St. Hilaire: Der Minister hat gesagt, der Marschall Prim habe dem Prinzen von Hohenzollern die Krone angeboten. Ich verlange zu wissen, in welcher Form dieses Anerbieten gemacht worden ist. Ollivier: Der Herr Minister des Aeußern hat die Vertagung der Interpellation verlangt. Dieses ist Alles, was ich zu sagen habe. Glais-Bizoin: Man hätte alsdann warten sollen. Der Minister des Aeußern: Ich will nur Hrn. Glais-Bizoin antworten, der gesagt hat, man hätte warten müssen. Die Regierung wartete nicht länger, weil sie sich den Gefühlen der Kammer fügen wollte. Glais-Bizoin: Sie können uns nicht sagen .... Präsident: Hr. Arago hat das Wort. Emanuel Arago: Meine Herren! (Die Tagesordnung! Die Tagesordnung!) Die feierliche Erklärung des Herrn Ministers des Auswärtigen hat diese Versammlung in eine Erregung versetzt, welche alle Welt begreift, alle Welt theilt, und was mich anbetrifft, so glaube ich wie mein ehrenwerther Freund Hr. Cremieux, daß wir jetzt nicht in einem Zustande genügender Ruhe uns befinden (gehn Sie doch, gehn Sie doch!), um die Verhandlungen über das Budget fortzusetzen; aber es ist von Wichtigkeit, einige der letzten Worte des Herrn Siegelbewahrers herauszuheben, denen zufolge das Kabinet die Verschiebung der Diskussion beantragt, um zu erfahren, in welcher Eigenschaft der Hr. Marschall Prim die spanische Krone einem Prinzen von Hohenzollern angetragen hat. (Genug, genug! Zur Tagesordnung! Zur Tagesordnung!) Diese Thatsache, gehörig beleuchtet, würde die Eigenschaft besitzen, die Tragweite des wichtigen Schrittes, um den es sich handelt, bedeutend abzuschwächen oder zu vermehren. Präsident: Die Diskussion wird später kommen. Arago: Ich behaupte und halte darauf, zu konstatiren, daß das Ministerium sehr unklug gehandelt. (Lärm.) Ein Mitglied der Rechten: Sie machen sich also zum Vertheidiger Preußens? Arago (fortfahrend): mehr als unklug gehandelt hat, indem es Preußen und Spanien gegenüber eine solche Haltung annahm. (Ruf: Tagesordnung!) Tron: Wenn in einer solchen Frage Regierung und Kammer ihre Ansicht kund gegeben, so darf keine Debatte mehr stattfinden. Präsident: Die Regierung hat eine Erklärung abgegeben; eine Diskussion ist unnöthig. Die Kammer hat das Recht, den Zwischenfall für erledigt zu erklären. Arago: Ich verlange das Wort gegen den Schluß der Debatte. Wenn die Kammer mich zwei Minuten länger angehört haben würde, so hätte ich bereits geendet. (Genug, genug!) Ich wollte nur, wie es mein Recht ist, zwei Worte über die ernste Lage sagen, die man uns aufgezwungen. (Lärm). Ich werde bald von der Tribüne herabsteigen, wenn mich die Kammer dazu zwingt, aber nicht ohne sehr klar das, was mir mein Gewissen eingiebt,

über die Mittheilung des Ministers gesagt zu haben. Sie wollen das Budget diskutiren, wenn der Minister .... (Genug! Genug!) Haben Sie denn Furcht, die Wahrheit zu hören? Granier de Cassagnac: Wir sind es nicht, die Furcht haben. Tron: Im Gegentheil. Weil wir keine Furcht haben, haben wir unsere Gesinnungen kund gegeben. Arago (fortfahrend): wenn die Regierung, welche Frankreich wider seinen Willen verpflichtet (nein! nein!), den König von Spanien ernennt und den Krieg erklärt. (Lärm.) Hiermit endet der Zwischenfall und die Kammer schritt zur Diskussion des Budgets. In der Sitzung des **gesetzgebenden Körpers** vom 7. Juli kam die spanische Thronkandidatur abermals zur Sprache. Picard verlangte nämlich von der Regierung, daß sie die Kammer über die Lage genauer unterrichte. Chevandier de Valdrome, der Minister des Innern, erklärte in Abwesenheit des Herzogs von Gramont, daß sich die Lage nicht geändert und die Regierung für den Augenblick nichts mitzutheilen habe. Dieses veranlaßte Jules Favre, das Wort zu ergreifen. Derselbe will die Diskussion nicht wieder aufnehmen, aber die Lage genau bezeichnen, welche man der Kammer bereitet. Es handle sich nicht darum, einen indiskreten Blick in die Aktenstücke zu werfen, die Regierung habe aber auf eine Interpellation mit einer Erklärung geantwortet; die Kammer habe das Recht, darüber ihr Urtheil zu fällen; dazu gebrauche sie die Aktenstücke und man dürfe sie nicht unbestimmte Zeit warten lassen. Er verlange daher, daß die Kammer schon jetzt den Tag für die Diskussion der Interpellation festsetze, und zwar bald. Die Geschäfte hätten durch die Deklaration einen empfindlichen Stoß erlitten. Er begreife nicht, wie die Verwaltung eines großen Landes auf solche Weise verfahren könne. Er verlange, daß die Diskussion morgen wieder aufgenommen werde; die Ungewißheit müsse aufhören. Emile Ollivier: Ich verlange, daß die Kammer ihren gestrigen Beschluß aufrecht erhalte und die Debatte vertage. Jules Favre: Auf unbestimmte Zeit, damit man an der Börse spielen kann. (Lärm. Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Der Präsident ruft Jules Favre zur Ordnung, weil die von demselben ausgesprochene Beschuldigung der Regierung direkt treffe und übrigens gegen Niemanden gerichtet werden dürfe. Emile Ollivier: Ich frage Herrn Jules Favre, an wen seine Worte gerichtet waren. Jules Favre: An alle die, welche spekuliren. Ich sage wiederholt, daß die Verwaltung der Ungewißheit, welche sie selber geschaffen, schnell ein Ende machen muß, da dieselbe zu Börsenspekulationen benutzt wird. (Neue Unterbrechung.) Nach einem persönlichen Wortwechsel Olliviers und Picards bittet der Präsident die Versammlung, in der ernsten Lage, in der man sich befände, jedes aufreizende Wort zu vermeiden. Emile Ollivier bittet nochmals die Kammer, die Vertagung der Diskussion aufrecht zu erhalten; Kammer und Land könnten überzeugt sein, daß die Regierung, wie immer, Festigkeit mit Mäßigung vereinigen und nicht vergessen werde, was Kammer und Land wollten; sie müsse sich aber verweigern, vor der gewollten Stunde auf weite Diskussionen einzugehen. Jules Favre bestreitet der Regierung das Recht, eine Diskussion, auf welche Alle gespannt warten, nach Gutdünken zu vertagen. Niemand wolle in die Unterhandlungen eingreifen, aber die Ereignisse dürften Land und Kammer nicht unvorbereitet finden. Der Minister habe gesagt, es werde keine Kriegserklärung erfolgen, ohne daß die Kammer zuvor davon benachrichtigt worden sei. Die Kammer müsse ebenfalls von dem Gange der Ereignisse in Kenntniß gesetzt werden. Sie würde gegen ihre Pflicht handeln, wenn sie den Tag für die Diskussion nicht festsetzen wollte. Die Kammer geht nun zur Tagesordnung über, ohne den Tag für die Diskussion der Interpellation zu bestimmen.

Italien.

Aus **Rom** wird der „Köln. Ztg." unterm 6. Juli geschrieben:

Gestatten Sie mir, die Ereignisse der letzten Tage der Diskussion über das vierte Kapitel in aller Kürze so darzulegen, wie sie mir aus dem Munde eines zuverlässigen Gewährsmannes mitgetheilt worden sind. Am verflossenen Donnerstag also war es, daß die deutsche und ungarische Opposition den Beschluß faßte, von der weiteren Debatte abzustehen und als Hauptmotiv dieser Resolution das Faktum aufstellte, daß jeder weitere Tag durch die Abreise von Mitgliedern der Minorität die numerische Stärke derselben vermindern und auf diese Art die Stimmen derselben auf ein unscheinbares Minimum zu reduziren drohe. Am Freitage wurde dieser Beschluß der französischen Opposition mitgetheilt und dieselbe zum Beitritt aufgefordert. Man fand aber hier einen unerwarteten Widerstand. Die französischen Bischöfe gingen von der entgegengesetzten Ansicht aus, daß es unter allen Umständen nöthig sei, die Diskussion so viel als möglich in die Länge zu ziehen, indem dieselben die Hoffnung hegten, daß die Kurie sich endlich darein ergeben würde, das Konzil und die schwebende Frage zugleich zu vertagen. Eine in diesem Sinne aufgestellte Petition ward indessen zurückgewiesen. Am Samstage nun gab die ungarisch-deutsche Opposition in der Kongregation die Erklärung ab, daß sie sich jeder weiteren Theilnahme an den Debatten enthalte. Das Präsidium erklärte indeß, eine solche Deklaration, als mit den Bestimmungen und dem Geiste des Reglements unvereinbar, nicht annehmen zu können. Doch wurde die Bemerkung hinzugefügt, daß es jedem einzelnen der auf der Rednerliste Befindlichen freigegeben sei, sobald die Reihe an ihn gekommen sein würde, dem Worte zu entsagen. Mittlerweile war auch bei der französischen Opposition eine Umwandlung eingetreten. Es war der Aufmerksamkeit dieser Bischöfe nicht entgangen, daß die Zahl der Väter, welche den Rednern ihre Aufmerksamkeit schenkten, in beständiger Abnahme begriffen war. Die letzte Rede des Bischofs Maret hatten kaum vierzig Väter mit ihrer Aufmerksamkeit beehrt. Um so leichter war es, in der am verflossenen Sonntag abgehaltenen internationalen Konferenz bei Rauscher eine allgemeine Einigung der Opposition zu erzielen. Sämmtliche noch auf der Rednerliste befindlichen Bischöfe, mit Ausnahme von zweien, die noch eine persönliche Angelegenheit erledigen zu müssen glaubten, verstanden sich zur Verzichtleistung auf das Wort.

Der „Kreuz-Ztg." wird geschrieben:

„Nachrichten aus Rom zufolge wäre die Proklamirung des Dogma's der Unfehlbarkeit des Papstes in ganz naher Frist zu erwarten. Von Vertagung des Konzils ist nicht mehr die Rede. Nur über Eines scheint noch kein Beschluß festzustehen, ob man das Dogma in der bisher von der Majorität der Bischöfe gebilligten schroffen Form oder in einer milderen Fassung zur Votirung bringen soll. In der Sache selbst und bezüglich der Rückwirkung des Dogma's auf das Verhältniß der Kirche zum Staat macht das wenig Unterschied. Die österreichische Regierung ist, so weit man über die Ansichten der leitenden Staatsmänner hier unterrichtet sein kann, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß, Angesichts der Eventualitäten, die in dem Dogma liegen, die Staatsgewalt das Placetum regium nicht entbehren könne. Es ist damit keine Schmälerung des berechtigten Wirkungskreises der Kirche, sondern nur die Schaffung eines Mittels zur Abwehr gegen die agressiven Tendenzen des Dogma's beabsichtigt. Der Regierung eines ganz katholischen Landes, Frankreichs, ist das Plazetum durch das Konkordat, also durch einen mit dem römischen Stuhle abgeschlossenen Vertrag, eingeräumt. Es ist nicht abzusehen, welche stichhaltige Einwendung die Kurie dagegen erheben könnte, daß Oesterreich nicht schlimmer gestellt sein will, als Frankreich. Ohnebin bestand das Plazetum bei uns bis zum Anfange der fünfziger Jahre. In Ungarn, wo man dem Konkordate vom Jahre 1855, da es nicht die Zustimmung des Landtages hat, nie Geltung einräumen wollte, wird das Plazetum einfach durch ein Staatsgesetz eingeführt werden. In den zisleithanischen Provinzen muß zuvor das Konkordat im Wege der Gesetzgebung aufgehoben werden. Das kann jetzt, da der Reichstag nicht versammelt ist, nur im Ordonnanzwege geschehen. Die Regierung ist zu Oktroyirung, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reichsrathes, entschlossen. Wiederholt muß werden, daß die Initiative in dieser Frage nicht von dem Grafen Andrassy ausgegangen ist. Das Gegentheil ist richtig; Graf Beust hat die bezüglichen Vorschläge, allerdings im Einverständnisse mit dem Ministerium Potocki, nach Pest gerichtet. Dem österreich-europäischen Episkopate, der fast vollzählig in den Reihen der Konzils-Minorität steht, kann das Plazetum nur willkommen sein. Es überhebt den Episkopat einer Menge von Verlegenheiten und Konflikten, in die er sonst unausbleiblich gerathen müßte."

Großbritannien und Irland.

London, 11. Juli. (Tel.) Nach Meldung aus Plymouth ist das preußische Panzergeschwader gestern von dort in See gegangen. — Der Postzug aus Schottland ist gestern verunglückt, wobei 5 Menschen getödtet und 23 verwundet worden sind.

Rußland und Polen.

ꝏ **Warschau**, 11. Juli. Aus Anlaß des kaiserlichen Besuches ist hier ein recht hübsches Polizeistückchen in Szene gesetzt worden, das geeignet ist, die Zentralbehörden in Petersburg über das Treiben der hiesigen Geheimpolizei die Augen zu öffnen. Von hier war nämlich zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Ems an den dort im kaiserlichen Gefolge sich befindlichen Chef der russischen Staatspolizei, Grafen Schuwaloff, ein anonymes Schreiben gerichtet worden, worin mitgetheilt wurde, daß unter den Studenten eine Verschwörung bestehe, welche die Ermordung des Kaisers bezwecke. Das Attentat solle nach dem Plane der Verschwörung beim Einzuge des Kaisers in die Stadt bei der am Eingange derselben errichteten großen Ehrenpforte in der Weise ausgeführt werden, daß die Verschworenen, nachdem sie unter das kaiserliche Gefolge orsinische Bomben geworfen hätten, aus den in der Nähe gelegenen Häusern hervorbrächen und sich auf den Kaiser stürzten. Graf Schuwaloff übersandte diese anonyme Denunziation an den Statthalter Grafen Berg und veranlaßte derselbe die sofortige Wegräumung der bereits erbauten oder im Bau begriffenen Ehrenpforten. Gleichzeitig benachrichtigte Graf Schuwaloff den Oberpolizeimeister Trepoff in Petersburg telegraphisch von dem Inhalt der Denunziation und weis ihn an, sich ohne Verzug nach Warschau zu begeben und an Ort nnd Stelle zu ermitteln, ob und in wie weit die Denunziation gegründet sei. Die in Folge dieser Weisung vom Oberpolizeimeister Trepoff in ausgedehntem Umfange angestellten polizeilichen Nachforschungen haben, woran hier Niemand zweifelt, die völlige Grundlosigkeit der Denunziation herausgestellt. Zugleich ist bei diesen Nachforschungen auch der Verfasser der Denunziation ermittelt worden, und zwar in der Person des Sohnes des Chefs der hiesigen geheimen Polizei, Obersten Hlasko. Da die Vermuthung nahe lag, daß der junge Mensch, ein Gymnasiast, im Auftrage des Vaters gehandelt habe, so wurden beide auf die Zitadelle in Haft gebracht und der dort fungirenden militärischen Untersuchungs-Kommission übergeben. Der junge Hlasko hat sicherem Vernehmen nach bereits ein umfassendes Geständniß abgelegt, durch welches jene Vermuthung bestätigt und der Oberst Hlasko als Urheber einer falschen Denunziation kompromittirt wird.

□ **Kalisch**, 6. Juli. Die **Reform des Postwesens** in seiner äußern Gestaltung — im Innern ist Alles bereits russisch — sollte schon am 1. Juli durchgeführt werden, wird aber, wie ich höre, noch auf 1 Jahr sistirt. Die Postwagen, Postillone und deren Uniformirung, so wie die Personenbeförderung bleiben also noch in der bisherigen Art für 1 Jahr bestehen, und wird von da ab erst die russiche Norm eingeführt werden. Nach dieser geht die Personenbeförderung in Privathände über und die Einrichtung der Postwagen ist dann lediglich Sache der Unternehmer, deren Knechte ohne vorgeschriebene Abzeichen und ohne Horn nur Privatdienstboten sind. Die Personenwagen führen vorn an der Deichsel eine Glocke, die während des Fahrens fortwährend tönt, und nur die den Brief- und Geldwagen begleitenden Kondukteure sind kaiserliche Postbeamte mit Uniform und Posthorn. — Nach dem neuesten Erlaß des Ministers für Volksaufklärung sollen die **Ferien an den Landschulen** beschränkt werden und zwar sollen die Weihnachtsferien nur vom 23. Dezember bis 3. Januar, die Osterferien 10, die Pfingstferien 4 Tage und die Sommerferien nur vom 15. Juli bis 15. August dauern.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 30. Juni. Alle Bemühungen der radikalen Partei, bei Eröffnung der Kammern Unruhen hervorzurufen, oder die Arbeiten der Kammern zu stören, haben sich bisher als fruchtlos erwiesen, und die Prüfung der Wahlmandate wird mit aller Ruhe und Regelmäßigkeit vorgenommen. Da die Kammern, sobald diese Arbeit vollendet ist, vertagt werden, so stehen Ereignisse von besonderer Wichtigkeit vorläufig in Rumänien nicht zu erwarten. Die Regierungen von England, Frankreich und Oesterreich haben deshalb auch ihren Vertretern in Bukarest jetzt den Urlaub bewilligt, welchen sie denselben noch vor einigen Wochen abgeschlagen hatten.

Bukarest, 9. Juli. (Tel.) Die Deputirtenkammer hat sich, nachdem 103 Wahlen für gültig erklärt waren, heute konstituirt. Der Ministerpräsident erklärte in der Kammer alle Gerüchte, nach welchen die Regierung angeblich eine abermalige Auflösung der Kammer oder einen Staatsstreich beabsichtigen soll, für eine tendenziöse Erfindung.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Juli.

— **Von der polnischen Grenze** schreibt man der „Post": Obwohl die jüngste polnische Emigration von 1863 und 1864 wegen Mangels an geistigen und politischen Kapazitäten bis jetzt nicht vermocht hat, einen bestimmenden Einfluß auf die Bestrebungen der politischen Parteien des Heimathlandes zu gewinnen, so entwickelt sie doch in ihrem Schooße ein reges politisches Leben und betheiligt sich an allen geheimen und öffentlichen Bestrebungen, welche auf die politische und soziale Umgestaltung Europas gerichtet sind. Die jüngste polnische Emigration hat ihr Kontingent gestellt zu dem „europäische republikanische Allianz" genannten internationalen Geheimbunde und ist in dem Ausschuß desselben vertreten durch Ludwig Bulewski, dem Vorsitzenden, der den Namen „politischer Revolutionsherd" führenden nationalen Sektion dieses Geheimbundes. Sie ist in organische Verbindung getreten mit dem internationalen Arbeiterverein in London, in welchem Zabitzki die polnische Sektion vertritt, sowie mit der internationalen Friedens- und Freiheitsliga, in deren Komite- und Generalversammlungen Bosak-Haucke, Sluzewski und Brazewicz Sitz und Stimme haben. Die Beschlüsse der drei genannten internationalen Vereine werden jedesmal durch die Vorstände ihrer polnischen Sektionen in pomphaften Proklamationen zur Kenntniß des polnischen Heimathlandes gebracht; doch finden sie in demselben wenig Beachtung. Größere Popularität als die polnischen Sektionen jener internationalen Vereine erfreut sich im polnischen Heimathlande der unter dem Namen „Vereinigte Emigration" bekannte politische Verein, der durch ein aus drei Mitgliedern bestehendes Komite repräsentirt wird und seinen Sitz in Paris hat. Dieser auf demokratischen Grundsätzen basirte Verein ist unablässig bemüht, durch politische Sendlinge Verbindungen in den ehemals polnischen Landestheilen anzuknüpfen; doch ist ihm dies nur in Galizien gelungen, im Großherzogthum Posen, wo die aristokratisch-klerikale Partei augenblicklich einen prädominirenden Einfluß übt, finden diese Sendlinge kein ergiebiges Feld für ihre politische Agitation.

— **Ein Ortsverein** nach Schultze-Delitzschen Prinzipien, welcher den Zweck hat, Arbeit für Arbeitsnehmer und Arbeiter für Arbeitsgeber zu verschaffen, die kranken Mitglieder des Vereins, sowie ältere arbeitsuntüchtig gewordene Mitglieder zu unterstützen, ist hier am 22. Mai d. J. gegründet worden, und zählt gegenwärtig 109 Mitglieder, welche der Cegielskischen und Mögelinschen Maschinenfabrik angehören. Die Statuten sollen auch in die polnische Sprache übersetzt werden.

— **Der Vorschußverein zu Posen** hielt gestern im Lambertschen Saale seine (halbjährig wiederkehrende) ordentliche Generalversammlung ab, die Hr. Thierarzt Martin eröffnete und leitete. Der Tagesordnung gemäß wurde nach der Eröffnung der Versammlung zunächst der Verwaltungsbericht pro 1. Semester mitgetheilt, dem wir Folgendes entnehmen: Die **Zahl der Mitglieder** betrug am 1. Januar c. 333, neu aufgenommen wurden im Laufe des 1. Semesters 119, ausgeschieden sind dagegen theils freiwillig, theils exkludirt 19, so daß am 30. Juni c. 433 Mitglieder verblieben. Das **Guthaben (Einlagen) der Mitglieder** umfaßte am 1. Januar c. 12,817 Thlr. 11 Sgr. und wuchs im 1. Sem. auf 17,640 Thlr. 26 Sgr. an; von den ausgeschiedenen Mitgliedern wurden zurückentnommen 670 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf., dem Reservefond überschrieben 35 Thlr. 14 Sgr.; mithin betrug das Guthaben der Mitglieder am 30. Juni c. 16,935 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf. Der **Reservefonds** hatte am 1. Januar c. einen Bestand von 526 Thlr. 4 Sgr. 10 Pf.; dazu kommen die Eintrittsgelder von den im 1. Semester neu aufgenommenen 119 Mitgliedern mit 119 Thlr. und die Einlagen von ausgeschiedenen Mitgliedern mit 4 Thlr. 5 Sgr., so daß derselbe am 30. Juni c. einen Bestand von 649 Thlr. 9 Sgr. 10 Pf. aufwies. An **Depositen von Privaten** schuldete der Verein am 1. Jan. c. 9978 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., neu eingezahlt wurden im Laufe des 1. Sem. 63,414 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf., zurückgenommen dagegen 49,314 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf. und der Verein blieb demnach am 30. Juni c. schuldig 24,048 Thlr. 29 Sgr. 9 Pf. An **aufgenommenen Darlehen** für bei verschiedenen Banken und Vereinen diskontirte Wechsel aus dem Vereinsportefeuille schuldete der Verein am 1. Januar c. 20,476 Thlr. 22 Sgr., neu aufgenommen wurden im Laufe des 1. Semester 48,993 Thlr. 15 Sgr., dagegen zurückgezahlt 50,402 Thlr. 13 Sgr., mithin schuldete der Verein am 30. Juni c. 19,067 Thlr. 25 Sgr. **Spareinlagen** schuldete der Verein am 1. Jan. c. 1356 Thlr. 19 Sgr. 1 Pf., neu eingezahlt im Laufe des 1. Sem. 1919 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf., dagegen zurückentnommen 2021 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., demnach schuldete der Verein am 30. Juni c. 1255 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. Hiernach schuldete der Verein an Depositen von Privaten, an Darlehen für diskontirte Wechsel und an Spareinlagen am 30. Juni c. zusammen 44,372 Thlr. 7 Pf. Sein **eigenes Vermögen** dagegen betrug am 30. Juni c. an Einlagen der Mitglieder und an Reservefonds zusammen 17,584 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf., also ca. 39 pCt. der vorstehend aufgeführten fremden Gelder. Der **Kassenumsatz** im 1. Semester stellt sich auf 351,821 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf., davon an Einnahme 176,269 Thlr. 4 Sgr. 5 Pf., an Ausgabe 175,552 Thlr. 18 Sgr. 5 Pf., der Kassenbestand am 30. Juni 716 Thlr. 16 Sgr. Die **ausstehenden Forderungen** betrugen am 1. Januar c. 44,541 Thlr. 18 Sgr. 2 Pf., im 1. Semester wurden ausgeliehen resp. diskontirt 125,070 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., darauf sind zurückgezahlt resp. eingelöst 169,612 Thlr. 5 Sgr. 8 Pf., es blieben demnach ausstehende Forderungen am 30. Juni c. 62,328 Thlr. 11 Sgr. Der **gesammte Geschäfts-Umsatz** pr. 1. Semester c. beträgt 392,798 Thlr. 12 Sgr. Die **Berechnung des Reingewinns** stellt sich folgendermaßen: Der Zinsen-Uebertrag aus dem Jahre 1869 beläuft sich auf 207 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., die Zinseneinnahme für im 1. Semester cr. ausgeliehenen Kapitalien resp. die diskontirten Wechsel auf 1970 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., zusammen auf 2177 Thlr., 23 Sgr.; hiervon die Zinsenausgaben pro 1. Semester cr. mit 905 Thlr. 2 Sgr. abgerechnet, bleibt ein Zinsenüberschuß von 1272 Thlr 21 Sgr. Die Geschäftsunkosten betragen im Ganzen 215 Thlr. 9 Sgr. 8 Pf.; der Netto-Ueberschuß an Zinsen also 1057 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf. Die **Bilance** der Aktiva und Passiva schloß per 1. Semester am 30. Juni cr., mit 63,282 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf — Nach diesem Rechenschaftsberichte nahm die Versammlung einen Antrag des Aufsichtsraths an, infolge dessen mehrere Mitglieder, welche ihren Verpflichtungen gegen den Verein nicht nachgekommen, exkludirt wurden. Der § 41 des Statuts, die Einbringung von Anträgen für die Generalversammlung betreffend, wurde dahin deklarirt, daß jeder Antrag für die Tagesordnung der Generalversammlung 14 Tage vor Ablauf des Semesters beim Aufsichtsrath eingebracht werden muß. Einem früher schon gestellten Antrage gemäß beschloß die Versammlung die Einführung des Kontokorrent-Verkehrs im Verein; die Bedingungen und die Zeit der Einführung festzustellen, wurde jedoch dem Vorstande und dem Aufsichtsrath anheimgegeben. Hierauf schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit geschäftlichen Mittheilungen.

— **Ein sehr sinnreicher elektrischer Telegraph** ist in dem Geschäftslokale des Mechanikus Hrn. Förster in der Gr. Ritterstraße angebracht. Sobald die Ladenthür geöffnet wird, ertönen gleichzeitig drei Signalglocken, in dem benachbarten Laden, in dem Hinterzimmer des Försterschen Ladens und in der auf dem Hofe im Seitenflügel befindlichen Wohnung. Außer den beiden Drähten, welche die Leitung des galvanischen Stroms vom Laden nach der Wohnung im Seitenflügel vermitteln, sind noch zwei andere Drähte über den Hof gespannt. Dieselben verbinden zwei Cramersche Telegraphenapparate mit einander, und gestatten eine telegraphische Unterhaltung zwischen zwei Personen in beiden Lokalitäten. Der galvanische Strom wird durch eine konstante Meidingersche Batterie erzeugt.

— **Ein Mißverständniß.** Neulich fand ein Submissionstermin auf einem der städtischen Bureaus behufs Vergebung verschiedener in diesem Jahre auszuführenden Maler- und Anstreicher-Arbeiten statt. Der Anschlag betrug etwa 400 Thlr. und hatten, wie allgemein üblich die betr. Submittenten anzugeben, wie viel Prozent sie unter den Anschlag gehen würden. Die beiden Mindestfordernden gingen 60, resp. 65 Prozent herunter. Erst später stellte sich heraus, daß sie 60, resp. 65 Thlr. unter dem Anschlage gemeint hatten. Seit Einführung der neuen Gewerbeordnung kann selbstverständlich ein Jeder sich an Submissionen betheiligen.

— **Die Badeanstalt des Hrn. Lasiewicz** auf dem Graben wird gegenwärtig durch einen Anbau beträchtlich erweitert. Derselbe wird enthalten: eine Tauche für Männer mosaischer Religion, ein Moorbad, ein Dampfmaschinenhaus mit Fieldschem Dampfkessel und Maschine von 3 Pferdekraft, und darüber im oberen Stockwerk große Wasserbassins zur Erzeugung einer kräftigen Douche. Auch werden die russischen Dampfbäder in der Badeanstalt wesentlich umgeändert. Die beiden schwimmenden Badebassins in der Warthe werden bei der gegenwärtigen hohen Temperatur stark frequentirt.

— **Der Graben,** auch genannt die faule Warthe, haucht bei der gegenwärtigen Temperatur einen pestilenzialischen Geruch aus. Die Pflasterungsarbeiten, welche dort im vorigen Jahre ausgeführt wurden, haben beinahe mehr geschadet, als genutzt. An manchen Stellen hat während der letzten Regengüsse das Wasser die Seitenwände der Mulde durchbrochen und erzeugt nun außerhalb derselben stagnirende Lachen, welche unterhalb keinen Abfluß haben und einen abscheulichen Geruch verbreiten. Abhilfe thäte hier dringend noth.

— **Im Viktoriapark** feierten am Sonnabend die Arbeiter der Cegielskischen Maschinenfabrik ihr Sommerfest.

+ **Bojanowo,** 11. Juli. [Kinderfest.] Nachdem wegen der Unbeständigkeit des Wetters der angesagte Termin des hiesigen Kinderfestes mehrmals hatte verschoben werden müssen, ist endlich am 8. Juli dasselbe zu Stande gekommen. Es wurde in Trochalin abgehalten und erfreute sich einer regen Theilnahme der den Schulkindern nahestehenden Angehörigen, so daß es sich zu einer Art Volksfest gestaltete. Hr. Baumeister Mätze erhöhte die allgemeine Fröhlichkeit durch Abbrennung eines Feuerwerks.

S **Buk**, 8. Juli. Beim hiesigen Schützenfeste hatte der Postbriefsteller Zygmański für den **Kronprinzen** den besten Schuß gethan. Auf die telegraphische Anzeige hiervon ist dem Vorstande der Schützengilde heute nachstehendes Antwortschreiben zugegangen:

Neues Palais bei Potsdam den 7. Juli 1870. S. K. H. der Kronprinz lassen dem Vorstande der Schützengilde der Stadt Buk für die Mittheilung von dem für Höchstdieselben beim diesjährigen Königsschießen gethanenen besten Schuß Hoch Ihren freundlichen Dank ausdrücken. S. K. H. nehmen die damit verbundene Königswürde an und lassen die beifolgende Medaille zur Erinnerung übersenden. Gleichzeitig haben S. K. H. befohlen, daß die Prämie von 17 Thalern dem zur Stellvertretung des Schützenkönigs berechtigten Mitgliede der Gilde, Postbriefbesteller Anton Siegmann eingehändigt werde. Gez. v. Normann, K. Kammerherr. An den Vorstand der Schützengilde zu Buk.

X. **Krotoschin**, 10. Juli. [Unglücksfälle. Verbrechen. Bauprozeß.] Gestern Nachmittag kehrten mehrere junge Leute in dem von hier eine halbe Meile entfernten Dorfe Kobierno, wohin sie einen Spaziergang gemacht hatten bei der etwa zwei und zwanzigjährigen Wirths- und Fleischerfrau Urbanowicz ein, um Milch zu trinken. Während sich die Frau im Keller befand um die Milch zu holen, bemächtigte sich einer derselben, und zwar der fünfzehnjährige Sohn des hiesigen Kommissionärs Hirsch eines geladenen Gewehrs, welches in der Kammer der Urbanowicz'schen Wohnung stand und eben trat die Frau aus dem Keller, als das Gewehr losging und die Schrotladung ihr von hinten die Brust durchbohrte, so daß sie ihren Geist sofort aufgab. Heute findet die gerichtliche Obduktion der Leiche statt. Der Ehemann der Unglücklichen war während dieses Morgens abwesend. Der Thäter wollte sich nachher aus Furcht in dem unweit der Urbanowicz'schen Wohnung belegenen See ertränken, er wurde aber daran durch andere verhindert. — In diesen Tagen ließ der Ortsschulze Stache aus dem Dorfe Hellefeld unter einer anderen Erdschicht Mergel dergestalt entnehmen, daß die darüber befindliche Oberkruste hohl lag. Drei Arbeiter, darunter der Sohn des Schulzen wagten es unter diese Oberkruste zu treten und mit der Fortnahme des Mergels fortzufahren. Die obere Erdschicht sank aber über ihnen zusammen und verschüttete sie gänzlich. Man grub nach ihnen von oben herab, fand aber den Schulzensohn todt, die anderen beiden Arbeiter dagegen

(Fortsetzung in der Beilage.)